

18623

Stenographisches Protokoll

459. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Donnerstag, 28. März 1985

Tagesordnung

1. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Portugiesischen Republik über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich
2. Gemeinsame Absichtserklärung zur Durchführung einer europäischen Forschungsaktion auf dem Gebiet der Niederschlagsmessung mit Radar (COST-Aktion 72) samt Anhängen
3. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes
4. Rücktritt Österreichs von der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse
5. Änderung betreffend Kapitel VII des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge

kein Einspruch (S. 18628)

- (2) Beschluß des Nationalrates vom 20. März 1985 betreffend eine gemeinsame Absichtserklärung zur Durchführung einer europäischen Forschungsaktion auf dem Gebiet der Niederschlagsmessung mit Radar (COST-Aktion 72) samt Anhängen (2959 d. B.)

Berichterstatter: Stricker (S. 18628)

kein Einspruch (S. 18629)

- (3) Beschluß des Nationalrates vom 20. März 1985 betreffend einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes (2960 d. B.)

Berichterstatter: Edith Paischer (S. 18629)

Redner:

Dr. h. c. Mautner Markhof (S. 18630),
Dr. Müller (S. 18633),
Dr. Hoess (S. 18635),
Dr. Schwaiger (S. 18636 und S. 18640),
Bundesminister Dr. Steyrer (S. 18637) und
Pichler (S. 18640)

kein Einspruch (S. 18641)

- (4) Beschluß des Nationalrates vom 21. März 1985 betreffend den Rücktritt Österreichs von der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse (2961 d. B.)

Berichterstatter: Margaretha Obenaus (S. 18641)

Redner:

Haas (S. 18641),
Leitner (S. 18646),
Ing. Eder (S. 18647 und S. 18661),
Staatssekretär Dr. Schmidt (S. 18653),
Schachner (S. 18655),
Molterer (S. 18657),
Knaller (S. 18658) und
Dr. Müller (S. 18660)

kein Einspruch (S. 18661)

- (5) Beschluß des Nationalrates vom 21. März 1985 über eine Änderung betreffend Kapitel VII des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge (2962 d. B.)

Inhalt

Personalien

Entschuldigungen (S. 18625)

Nationalrat

Beharrungsbeschluß (S. 18625)

Beschlüsse (S. 18625)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 18625)

Verhandlungen

- (1) Beschluß des Nationalrates vom 20. März 1985 betreffend ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Portugiesischen Republik über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich (2958 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Hoess (S. 18625)

Redner:

Dr. Bösch (S. 18626) und
DDr. Stepantschitz (S. 18627)

1471

18624

Bundesrat — 459. Sitzung — 28. März 1985

Berichterstatter: **Margaretha Obenaus** **Anfrage**
(S. 18661)

kein Einspruch (S. 18662)

der Bundesräte **Dr. Strimitzer** und **Kollegen** an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Dienstnehmerschutz (504/J-BR/85)

Eingebracht wurden

Bericht

Außenpolitischer Bericht der Bundesregierung über das Jahr 1984 (III-79 d. B.) (S. 18625)

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Bundesräte **Weiss** und **Genossen** (455/AB-BR/85 zu 500/J-BR/85)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender Pumpernig: Ich eröffne die 459. Sitzung des Bundesrates.

Das Amtliche Protokoll der 458. Sitzung des Bundesrates vom 14. März 1985 ist aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Entschuldigt haben sich die Bundesräte Fiegl, Holzinger, Dipl.-Ing. Dr. Ogris und Gargitter.

Ich begrüße den Herrn Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Heinz Fischer, der in unserer Mitte weilt, sehr herzlich. (*Allgemeiner Beifall.*)

Einlauf und Zuweisungen

Eingelangt ist eine Anfragebeantwortung, die dem Antragsteller übermittelt wurde.

Die Anfragebeantwortung wurde vervielfältigt und auch an alle übrigen Bundesräte verteilt.

Mit Schreiben vom 21. März 1985 teilt der Präsident des Nationalrates mit, daß der Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 24. Jänner 1985 betreffend ein Bundesgesetz über die Umweltkontrolle vom Nationalrat am 20. März 1985 in Verhandlung genommen und im Sinne des Artikels 42 Abs. 4 B-VG ein Beharrungsbeschluß gefaßt wurde.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Eingelangt ist auch ein Außenpolitischer Bericht der Bundesregierung über das Jahr 1984.

Ich habe diesen Bericht dem Außenpolitischen Ausschuß zur weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Eingelangt sind weiters jene Beschlüsse des Nationalrates, die Gegenstand der heutigen Tagesordnung sind.

Diese Vorlagen wurden den in Betracht kommenden Ausschüssen zur Vorberatung zugewiesen. Die Ausschüsse haben die Beschlüsse des Nationalrates einer Vorberatung unterzogen. Die diesbezüglichen schriftlichen Ausschußberichte liegen vor.

Im Hinblick darauf wurden diese Beschlüsse des Nationalrates auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt.

Erhebt sich gegen die Tagesordnung ein Einwand? — Es ist dies nicht der Fall.

1. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 20. März 1985 betreffend ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Portugiesischen Republik über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich (2958 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Portugiesischen Republik über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Dr. Hoess. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Dr. Hoess: Das gegenständliche Abkommen sieht vor, daß eine Ständige Expertenkommission, die aus je drei Mitgliedern der Vertragsstaaten besteht, Empfehlungen über die Gleichstellung der Universitätsstudien ausarbeitet. Auf Grund dieser Empfehlungen sollen dann die Regierungen der Vertragsstaaten verbindlich vereinbaren, welche Studien gleichgestellt sind. Die auf Grund von gleichgestellten Universitätsstudien verliehenen akademischen Grade sollen in beiden Vertragsstaaten voll gleichwertig sein.

Weiters sieht das gegenständliche Abkommen vor, daß portugiesischen Studierenden der Studienrichtung Deutsche Philologie die Universitätszeugnisse von zwei an österreichischen Hochschulen aufeinanderfolgend inskribierten Semestern angerechnet werden, falls diese Fächer nach vorheriger Beratung mit der portugiesischen Universität, an der die Studierenden inskribiert sind, ausgewählt werden. Ferner sollen die von österreichischen Studierenden der Studienrichtung Portugiesisch an einer portugiesischen Universität absolvierten Studien bis zum Höchstmaß von zwei Semestern auf die Studierendauer in Österreich voll angerechnet und die während dieser Studien erworbenen Universitätszeugnisse voll anerkannt werden. Voraussetzung für die Anwendbarkeit dieser Anrechnungsvorschriften bei beiden Studien ist, daß der Studierende vor der Immatrikulation im anderen Vertragsstaat mindestens die Hälfte

18626

Bundesrat — 459. Sitzung — 28. März 1985

Dr. Hoess

seines Universitätsstudiums bereits positiv abgeschlossen hat.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Abkommens die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Unterrichtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 26. März 1985 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Unterrichtsausschuß somit den **A n t r a g**, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 20. März 1985 betreffend ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Portugiesischen Republik über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Ich danke für den Bericht.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Bösch. Ich erteile ihm dieses.

9.06

Bundesrat Dr. **Bösch** (SPÖ, Vorarlberg): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Ziel des heute zur Debatte stehenden Abkommens ist es, die Gleichwertigkeit der Studien in beiden Vertragsstaaten auf eine neue Rechtsbasis zu stellen, um gleichartige Studien rechtlich gleich zu behandeln und komplizierte Überprüfungen im Einzelfall, die zu verschiedenen Ergebnissen führen könnten, zu vermeiden.

Die zentrale Bestimmung des vorliegenden Abkommens ist im Artikel 6 enthalten, und zwar stellt Abs. 1 fest, daß Vereinbarungen der beiden Vertragsstaaten in Aussicht stehen, die auf der Grundlage der Empfehlungen der Ständigen Expertenkommission die gleichgestellten Studienrichtungen in beiden Vertragsstaaten feststellen sollen. Der Rang solcher Vereinbarungen bestimmt sich nach der jeweiligen innerstaatlichen Rechtsordnung.

Auf weitere Einzelheiten einzugehen, kann ich mir angesichts des Berichtes, den der

Berichterstatter hierzu schon gegeben hat, ersparen.

Wenn wir den Partner des gegenständlichen Abkommens etwas näher betrachten, so ist festzustellen, daß sich die Portugiesische Republik abgesehen von ihrer geographischen Randlage auch in einer gewissen wirtschaftlichen und im gewissen Sinn auch politischen Randposition befindet.

Ein Meilenstein in der portugiesischen Geschichte war sicher das Ende des europäischen Kolonialismus, der auch für das Lusitanische Großreich mit seinen zahlreichen überseeischen Besitzungen das historische Aus bedeutet hat. Die Kolonien sind verlorengegangen, und das Mutterland selbst verharrte noch durch Jahre in zum Teil autoritären, zum Teil halbfaschistischen Strukturen, bis die sogenannte „Revolution der Nelken“ auch für die Portugiesen das Tor zur Demokratie aufgestoßen hat.

Allerdings sind die wirtschaftlichen und vor allem auch die wirtschaftlich-strukturellen Probleme Portugals relativ unzulänglich gelöst.

Das gegenseitige Handelsvolumen zwischen Österreich und Portugal hat einen Umfang von zirka 1,4 Milliarden Schilling. In erster Linie aufgrund der niedrigen Kaufkraft der portugiesischen Bevölkerung und der nicht als besonders stark anzusehenden Verfassung des portugiesischen Marktes ist der gegenseitige Warenverkehr von einem österreichischen Passivum gekennzeichnet.

Es wäre aber auch aus außenpolitischen und wirtschaftlichen Überlegungen verfehlt, Portugal wegen seiner Randlage eine niedrigere oder untergeordnete Bedeutung zuzumessen; dies vor allem im Hinblick auf den Umstand, daß Portugal in Bälde Mitglied der Europäischen Gemeinschaften sein wird, falls die sogenannte Süderweiterung der EG nicht noch durch Quoten und Preisregelungen vor allem der europäischen Landwirtschaft in Schwierigkeiten gerät.

Alle gleichartig strukturierten Länder erheben natürlich Einwände, die von Sorgen um den eigenen Markt geprägt sind. Ich glaube, da sind es gerade die Europäischen Gemeinschaften, die zum bestimmenden Teil in Europa auch in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht werden.

Durch den Beitritt Portugals werden die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen

Dr. Bösch

Österreich und Portugal schon auf Grund der Tatsache enger, daß Portugal analog zu Spanien voll in die Rechte und Pflichten aus dem Freihandelsvertrag zwischen der EWG und Österreich eintreten wird.

Dieser Grundsatz der Nichtdiskriminierung muß auch im Bereich mengenmäßiger Beschränkungen und sonstiger administrativer Regelungen Platz greifen.

Meine Damen und Herren! Nun weg von den wirtschaftlichen Beziehungen, die aber nicht losgelöst betrachtet werden können. Es sind weder kulturelle Abkommen noch wirtschaftliche oder politische Übereinkommen jeweils nur aus einer isolierten Position zu betrachten. Alle üben eine gegenseitige Beeinflussung aus.

Wenn man den politischen Bereich betrachtet, so muß man sehen, daß eine immer deutlichere Differenzierung zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Europa der 21, die im Europarat zusammengeschlossen sind, festzustellen ist, eine Entwicklung, die von Österreich mit entsprechender Aufmerksamkeit betrachtet und verfolgt werden muß.

Hier sei es mir als Mitglied des Europarates gestattet, darauf hinzuweisen, daß die Verbindungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Europarat weiter ausgebaut werden müssen, sowohl was die einzelnen Länder betrifft als auch auf Gemeinschaftsebene. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß Österreich aus den verschiedensten Gründen — nicht zuletzt aus neutralitätspolitischen — nur Mitglied des Europarates ist, während die meisten anderen großen europäischen Länder sowohl Mitglied der Europäischen Gemeinschaften als auch des Europarates sind.

Angesichts dieser sowohl politischen als auch wirtschaftlichen und nicht zuletzt auch kulturellen Ausdehnung der Europäischen Gemeinschaften muß Österreich alle Anstrengungen unternehmen, wenigstens die Beziehungen zu den einzelnen Staaten der Europäischen Gemeinschaften zu intensivieren, gleichzeitig aber auch die Präsenz im Europarat zu intensivieren. Es ist dies eine parlamentarische Staatenversammlung, die gestärkt werden muß. Über die sich daraus ergebenden Probleme und Entwicklungen wird sicher noch im Verlauf der Beratungen über den Außenpolitischen Bericht zu sprechen sein. Insoweit ist dies nicht Gegenstand der heutigen Debatte.

Gestatten Sie mir abschließend noch ein paar Bemerkungen zu der außenpolitischen Situation Österreichs, die darauf gegründet ist, daß wir nicht auf Grund unserer geographischen Größe, sondern auf Grund unserer Präsenz in den internationalen Organisationen unserer Stimme Gewicht verleihen können. Es braucht wohl nicht eigens betont zu werden, daß dieses Gewicht besonders gepflegt werden muß, vor allem hinsichtlich der Präsenz in den internationalen Organisationen. Es ist Teil einer aktiven Außenpolitik, die vom überwiegenden Teil der österreichischen Bevölkerung befürwortet wird und Österreich auch Ansehen in der Welt gebracht hat, und dieses Ansehen muß gewahrt werden. Angesichts der Spannungen in vielen internationalen Organisationen — das sei nicht verschwiegen — darf Österreich keinesfalls den Anschein — nur den Anschein — einer Absetzbewegung aus diesen Organisationen erwecken.

Zum Schluß möchte ich die Feststellungen im Außenpolitischen Bericht des Jahres 1984 unterstreichen, wo es auf Seite 3 lautet:

„Österreich ist von diesen Entwicklungen“, das heißt den Spannungen in den internationalen Organisationen, „deshalb besonders betroffen, weil es als relativ kleiner Staat ja vor allem über diese Organisationen an der Gestaltung der internationalen Beziehungen Teil hat; und weil deren Verfall seinen Aktionsradius beschränkt. Österreich bemüht sich daher, einerseits Fehlentwicklungen zu bekämpfen, andererseits diese Organisationen durch eine größtmögliche politische Unterstützung wirksam zu erhalten.“

Dies muß neben den bilateralen Beziehungen ein wesentlicher Pfeiler der österreichischen Außenpolitik bleiben. Das vorliegende Abkommen ist sicher ein weiterer Beitrag zur Stärkung dieser österreichischen Außenpolitik. *(Beifall bei der SPÖ.)* 9.16

Vorsitzender: Weiters hat sich Herr Bundesrat DDr. Stepantschitz zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm dieses.

9.16

Bundesrat DDr. **Stepantschitz** (ÖVP, Steiermark): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Minister! Meine Damen und Herren! Als ich vor schon sehr langer Zeit mein Studium begann, wurde ich zuerst einmal zwei Monate im Studienaustausch nach England geschickt. Dies hat mein Leben entscheidend beeinflusst. Ich bin heute noch beeindruckt von einem Empfang, den der dortige Botschafter damals den jungen Studenten gegeben hat.

1472

DDr. Stepantschitz

Ich freue mich also, daß ich heute wieder zu einer Maßnahme sprechen kann, die den Studentenaustausch in Europa verbessern wird, denn es sind ja die Studienbedingungen angeglichen. Einer europäischen Akademikerschaft, die entsprechend gebildet ist, die auch andere Länder und andere Sitten kennt, käme eine ganz besondere Bedeutung zu. Das, was der Adel einmal hätte tun sollen und letztlich nicht getan hat, nämlich die völkerbindende Funktion sicherzustellen, könnte eine europäisch gebildete Intelligenz machen, zumal in einer Zeit, da praktisch Gott sei Dank in allen europäischen Ländern der Zugang zum Studium offensteht.

Voraussetzung allerdings ist — das darf ich anmerken, Herr Minister —, daß dem Fremdsprachenunterricht mehr Bedeutung zugemessen wird als bisher, nicht nur an den Hochschulen, aber vielleicht auch dort.

Das Ergebnis, das wir an unseren Schulen feststellen, ist doch nicht so befriedigend, daß wir mit unseren Nachbarn entsprechend ins Gespräch kommen können. Es ist sicher sehr wichtig, meine Damen und Herren, was mein Vorredner gesagt hat, daß wir als kleiner Staat in allen Körperschaften vertreten sind. Noch wichtiger scheint es mir aber zu sein, daß wir auch überall gebildete Menschen als Botschafter unseres Landes einsetzen können.

Im Außenpolitischen Bericht 1984 ist auch ein sehr beachtlicher Beitrag des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung enthalten. Wir danken für das, was geschehen ist. Es tut mir aber etwas leid, daß er in diesem Bericht nur zwischendrin versteckt untergebracht ist. Ich glaube, es käme diesen Aktionen noch mehr Bedeutung zu.

Österreich ist ein kleines Land, ein wirtschaftlich nicht sehr bedeutendes Land. Auf geistigem Gebiet haben wir sehr, sehr viel einzubringen in eine Europäische Gemeinschaft, die nur dann wirklich leben wird, wenn auch die Verbindung zwischen den einzelnen Staaten ausgebaut und erweitert wird.

Das ist mein Beitrag zu einem Thema, wo wir alle einig sind, daß wir wieder einen Schritt setzen, um die gemeinsame Bildung unserer Jugend zu verbessern. *(Beifall bei der ÖVP.)* 9.19

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen.

Wird von der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht? — Dies ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

2. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 20. März 1985 betreffend eine gemeinsame Absichtserklärung zur Durchführung einer europäischen Forschungsaktion auf dem Gebiet der Niederschlagsmessung mit Radar (COST-Aktion 72) samt Anhängen (2959 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung: Gemeinsame Absichtserklärung zur Durchführung einer europäischen Forschungsaktion auf dem Gebiet der Niederschlagsmessung mit Radar (COST-Aktion 72) samt Anhängen.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Stricker. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter **Stricker:** Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Bundesrates!

Mit der COST-Aktion 72 sollen die europäischen Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Niederschlagsmessung mit Radar im Hinblick auf die Harmonisierung und Austauschbarkeit von Wetterdaten koordiniert beziehungsweise gefördert werden. Durch den Aufbau eines europaweiten Wetterradarverbundnetzes sollen lokal bereits verarbeitete Radarinformationen über die Niederschlagsverteilung zusammengefaßt und verfügbar gemacht werden.

Nach den Erläuterungen der Regierungsvorlage beträgt der zur Durchführung der österreichischen Beteiligung an der gegenständlichen Forschungsaktion erforderliche finanzielle Aufwand 897 000 S und soll aus Mitteln der Auftragsforschung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung getragen werden.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden

Stricker

Abkommens die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Unterrichtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 26. März 1985 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Unterrichtsausschuß somit den **A n t r a g**, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 20. März 1985 betreffend eine gemeinsame Absichtserklärung zur Durchführung einer europäischen Forschungsaktion auf dem Gebiet der Niederschlagsmessung mit Radar (COST-Aktion 72) samt Anhängen wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

3. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 20. März 1985 betreffend einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes (2960 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung: Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Berichterstatter ist Frau Bundesrat Edith Paischer. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Edith Paischer: Durch das gegenständliche Abkommen soll ein Austausch von Experten und Wissenschaftlern auf dem Gebiet des Umweltschutzes sowie von Informationen über Umweltschutzvorschriften ermöglicht werden. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, einander unverzüglich über das Bestehen einer die Umwelt des

anderen Vertragsstaates bedrohenden Situation und über die zur Abwehr dieser Gefahr bereits getroffenen Maßnahmen zu informieren und die zur Abwehr dieser Gefahr erforderlichen weiteren Maßnahmen gemeinsam zu beraten. Im Fall einer plötzlich auftretenden Gefahr soll diese Information und Beratung in direktem Wege durch die zur Abwehr dieser Gefahr zuständigen Behörden der Vertragsstaaten erfolgen. Hinsichtlich der bei der Entsendung von Experten auftretenden Kosten sieht das Abkommen vor, daß die entsendende Seite die Reisekosten und die empfangende Seite die Aufenthaltskosten einschließlich der Reisekosten trägt, die durch die mit dem Zweck des Aufenthaltes verbundenen Reisen innerhalb des Gastlandes entstehen. Zur Durchführung des Abkommens ist vorgesehen, daß die zuständigen Behörden Arbeitspläne mit einer Geltungsdauer von jeweils drei Jahren vereinbaren. Der gegenständliche Staatsvertrag soll für die Dauer von fünf Jahren gelten und sich um jeweils weitere fünf Jahre verlängern, sofern nicht einer der Vertragsstaaten spätestens sechs Monate vor Ablauf der fünfjährigen Frist den Vertrag kündigt.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Abkommens die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Sozialausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 26. März 1985 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Sozialausschuß somit den **A n t r a g**, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 20. März 1985 betreffend einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Ich danke für den Bericht.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. h. c. Mautner Markhof. Ich erteile dieses.

Dr. h. c. Mautner Markhof

9.26

Bundesrat Dr. h. c. **Mautner Markhof** (ÖVP, Wien): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Hoher Bundesrat! Vor uns liegt die Regierungsvorlage eines Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Umweltschutzes.

Ich möchte gleich vorwegnehmen, daß wir von diesem Vertrag sehr angetan sind. Es ist zu begrüßen, daß mit diesem Abkommen zur Zusammenarbeit und zum Austausch von Informationen aus dem Bereich des Umweltschutzes die internationale Dimension des Umweltgedankens einmal mehr hervorgestrichen wird.

Diese Zusammenarbeit ist wegen der übergreifend notwendig gewordenen Umweltschutzmaßnahmen sogar ein Gebot der Stunde. Die Verhandlungen in der EG um die Einführung des Katalysatorautos sowie die Diskussion über die Bekämpfung des sauren Regens haben dies bewiesen. Ein Zusammenschluß aller dem positiven Umweltschutzgedanken verpflichteten Kräfte, auch international, ist daher äußerst wichtig. Dies war auch die Zielsetzung der UNO-Umweltschutzkonferenz in Stockholm im Jahr 1972. Dadurch wurden die Weichen zu diesen und ähnlichen Verträgen gestellt. In einer Resolution wurde damals nämlich beschlossen, endlich den Umweltschutz international zu koordinieren.

Ich glaube, der Umweltschutzgedanke wird immer mehr und mehr in allen Ländern eine sehr wichtige Rolle spielen. Deshalb ist auch die Befürchtung unbegründet, der Umweltschutz schade der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit. Denn nach und nach werden in den Staaten der internationalen Staatengemeinschaft genau solche Umweltschutzmaßnahmen gesetzt werden, wie wir sie fordern. Durch ständiges Kooperieren aller von dieser Entwicklung erfaßten Staaten kann man dann die Wettbewerbsverzerrungen weitestgehend ausschalten.

Aber Umweltschutz hat nicht nur keine Wettbewerbsnachteile, sondern im Gegenteil, er kann zu Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzsicherung führen.

Eine vom Bundesverband der deutschen Industrie in Auftrag gegebene Studie des IFO-Institutes stellte fest, daß in der BRD von 1971 bis 1977 pro Jahr 215 000 Arbeitsplätze durch Umweltschutz geschaffen oder gesichert wur-

den. Heute sind es, so wird geschätzt, bereits mehr als 440 000 Arbeitsplätze.

Auch verzeichnen die deutschen Unternehmer durch Umweltschutzinvestitionen Spareffekte. Von 800 in der BRD befragten Unternehmen gaben 28 Prozent an, sie hätten sich durch Umweltschutzinvestitionen sogar etwas erspart.

Ein klassisches Beispiel für die Verträglichkeit von Umweltschutz und wirtschaftlichem Ziel bietet immer wieder Japan. Japan galt jahrelang als das von der Umweltverschmutzung am meisten betroffene Land der Erde. Schuld an dieser Entwicklung trug vor allem die rasche Industrialisierung der Insel. Bilder von Smogalarm und Sauerstoffgeräten an Straßenkreuzungen gehören aber längst der Vergangenheit an.

Dazu ein paar Zahlen: Während im Jahre 1967 der durchschnittliche Schwefeldioxidgehalt einen Höchststand von 0,057 ppm erreichte, sank diese Schadstoffkonzentration im Jahr 1980 auf 0,014 ppm. Gleichzeitig ist ein Absinken der Konzentration der Kohlenmonoxide von 6,1 ppm im Jahr 1971 auf 3,9 ppm im Jahr 1980 zu verzeichnen. In bezug auf die japanischen Umweltstandards entsprachen 1980 68,7 Prozent der untersuchten 200 Gebiete den Vorschriften. Bei den Flüssen waren es 67,2 Prozent, bei Küstengewässern 79,8 Prozent und bei Seen sowie fast abgeschlossenen Buchten 41,8 Prozent.

Die Grundlage für diese Besserung der Umweltqualität bildete unter anderem das 1967 erlassene Grundgesetz für die Kontrolle der Umweltverschmutzung.

Ergänzt wurden diese administrativen Maßnahmen durch die Schaffung einer Umweltagentur, die die Messung und Kontrolle der Grenzwerte und Emissionen zur Aufgabe hat. Der Institution ist es zu verdanken, daß die Zahl der Beobachtungsstationen, die den Schwefeldioxidgehalt der Luft messen, im Zeitraum von 1967 bis 1980 von 15 auf 1 500 aufgestockt wurde. Das Problem der Luftverschmutzung konnte man durch strenge Abgasvorschriften bei den PKW — seit 1978 werden nur noch Autos mit Katalysatoren verkauft — und durch den Einbau von Filteranlagen in den Schornsteinen in den Griff bekommen.

Dem ist auch zu verdanken, daß Tokio im internationalen Vergleich heute die beste Luft aller Großstädte hat. Zu dieser drastischen Verbesserung der Umweltsituation haben eine ganze Reihe von Maßnahmen geführt. *(Unruhe.)*

Vorsitzender *(das Glockenzeichen gebend):*

Vorsitzender

Meine Damen und Herren! Das Wort hat Herr Bundesrat Dr. Mautner-Markhof; ich bitte die Damen und Herren Bundesräte höflichst, ihm zuzuhören zu wollen.

Bundesrat Dr. h. c. **Mautner Markhof** (*fortsetzend*): So ist es kein Zufall, wenn von den 161 Entstickungsanlagen bei Kraftwerken auf der Welt 160 in Japan installiert sind. Natürlich konnten die japanischen Erfolge nur durch strenge Grenzwertfestlegungen erreicht werden. Schon 1975 lagen diese mit 0,04 mg/cm³ für Stickoxide und Schwefeldioxid deutlich niedriger als die europäischen Bestimmungen.

Die erlaubten Höchstwerte in den Auspuffgasen wurden bei Kohlenmonoxid mit 85 g pro Test — in Europa sind es 98 g —, bei Kohlenwasserstoff und Stickoxiden mit 9,5 g pro Test — in Europa 19 g — festgelegt.

Besonders stolz sind die Japaner darauf, daß ihr Verbrauchswasser nach der Klärung Trinkwasserqualität aufweist. Um die Gewässer noch sauberer zu halten, projektieren die Japaner gerade einen zweifachen Trinkwasserkreislauf für jeden Haushalt. Das Konzept ist einfach: ein Wasserhahn, aus dem reines Trinkwasser kommt, und ein zweiter für Waschen und WC-Spülung.

Auch der Recyclingbereich kann sich sehen lassen. Nicht nur, daß die Metalle zu 100 Prozent wiederverwertet werden — dieser Wirtschaftszweig kann auch noch 46 000 Menschen einen Arbeitsplatz bieten.

Aber die Japaner setzen auch auf die Zukunft: Große Hoffnung knüpft man an das Methanolauto und an den Ausbau alternativer Energien.

Finanziert werden die Sanierungsmaßnahmen zu einem guten Teil aus Budgetmitteln. So wurden seit 1982 umgerechnet zirka 90 Milliarden Schilling jährlich von der öffentlichen Hand bereitgestellt. Damit erreichten die Umweltschutzinvestitionen etwa 3,4 Prozent des japanischen Bruttoinlandsprodukts — in Österreich betragen sie ungefähr 1,2 Prozent.

Als Anreiz für Unternehmer dürfen Anlagegüter, die für den Umweltschutz angeschafft werden, rascher steuerlich abgeschrieben werden. Zu den Folgen dieser Maßnahme gehört sicherlich auch ein hoher Strompreis, aber die japanische Wirtschaft kann diese Belastungen aushalten, weil sie leistungsfähig

ist und die Staatsquote weit unter der österreichischen liegt.

Diese Sanierungserfolge müssen aber leider auch im Zusammenhang mit großen Umweltzerstörungen, die noch nicht beseitigt werden konnten, gesehen werden. Hier gilt, so glaube ich, das Prinzip: Viel ist geschehen, viel muß noch geschehen.

Ich habe hier im Bundesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren, schon einmal versucht, einen kurzen Überblick über die Umweltsituation Österreichs anlässlich der Verabschiedung der Staatszielbestimmung Umweltschutz zu geben. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einige Daten zur weltweiten Dimension der Umweltbelastung hinzufügen.

Fast täglich stolpert man bei der Lektüre von Tageszeitungen über Schlagzeilen wie „Klimaänderung durch ehrgeizige Kanalprojekte in Asien“ oder: „Weltmeere werden zu Kloaken“ und „Versteppung — Millionen sind vom Hungertod“ bedroht. — Diese Meldungen — vorausgesetzt, man reduziert sie auf ihren Wahrheitsgehalt und trennt sie von den vielleicht beabsichtigten journalistischen Sensationswirkungen — spiegeln die weltweiten verheerenden Auswirkungen wider, die der achtlose Umgang mit der Natur mit sich bringt. Dabei schleichen sich die Umweltkatastrophen auf leisen Sohlen an und zeigen erst nach Jahren ihre bedrohlichen Folgen. Das beste Beispiel dafür bietet das Auftreten der sogenannten Minimata-Krankheit, wiederum in Japan.

Man schrieb das Jahr 1939, als die ostjapanische Chemieindustrie begann, ihre quecksilberverseuchten Abwässer in die Minimatabucht abzuleiten. Erst 17 Jahre später bemerkte man Störungen des Nervensystems bei den Bewohnern der Minimatabucht. Aber um Ergebnisse der Umweltzerstörung aufzuzeigen, muß man gar nicht so weit zurückblicken.

Im Jänner 1985 kamen die sorgsam ausgearbeiteten Smogalarmpläne der Region Ruhrgebiet zum Einsatz. Eine entsprechende Wetterlage ließ die Luft des hochindustrialisierten und dichtbesiedelten Ruhrgebietes gesundheitsgefährlich werden. Auf diese Weise trat der aus den USA und Japan sattsam bekannte Effekt ein, daß Industrie- und Verkehrsabgase gemeinsam mit dem Hausbrand einen so hohen Schadstoffkonzentrationswert erreichen, daß sogar Produktionseinheiten abgeschaltet sowie der Verkehr eingeschränkt werden mußte.

Dr. h. c. Mautner Markhof

Ein weiteres Beispiel, welche Dimensionen das Umweltproblem global erreichen kann, zeigt die Ausbreitung der Wüsten. Sie sind jährlich mit einem Zuwachs von 270 000 km² im Vormarsch. Geht diese Entwicklung so weiter, dann wird der Anteil der Wüsten an der Gesamtfläche der Erde bis zum Jahr 2 000 nicht wie derzeit ein Sechstel, sondern ein Fünftel betragen. Bis dahin wird für weitere 510 Millionen Menschen dieser Erde Tag für Tag wertvolles Weide- und Kulturland verlorengegangen sein. Dieser Umstand erklärt auch die Katastrophen, die sich derzeit in der Sahelzone ereignen. Die Überweidung durch Viehzucht, Klimaschwankungen und Übervölkerung führen zum Hungertod von Millionen Menschen.

Aber nicht nur die Böden sind der Zerstörung durch unsere Zivilisation ausgeliefert. Jahr für Jahr verschmutzen im Durchschnitt 6 360 Millionen Tonnen Abfälle die Weltmeere. Ganz zu schweigen von den hochgiftigen Schwermetallen, die mit den Industrieabwässern in die Ozeane fließen. So gelangen 319 Millionen Tonnen Eisen sowie 4 460 Millionen Tonnen Kupfer dorthin. Beachtlich ist dabei die Menge von 7 Millionen Tonnen Quecksilber, das schon in kleinen Mengen hochgiftig wirkt. Alles das sind Schadstoffe, die sich auf Dauer gesehen katastrophal auf die Tier- und Pflanzenwelt auswirken.

An den Küsten der Adria tritt die Verödung des Meeres am sichtbarsten zutage. Wo man früher eine reichhaltige Fauna und Flora vorfand, zeigen sich heute nur noch vereinzelt Lebewesen. Auch der Fischfang beklagt sich über die offensichtlichen Ertragsrückgänge, wobei zu dieser Entwicklung die Überfischung der Fanggründe sicher auch das Ihre beigetragen hat.

Als momentan am heißesten diskutierter Tatort bei der Umweltzerstörung gilt bekannterweise der Wald. Auf der einen Seite schlägert man vor allem in der dritten Welt jährlich 18 bis 20 Millionen Hektar Wald, auf der anderen Seite bedrohen die immensen Schadstoffemissionen der Ballungsräume die lebenspendende grüne Lunge. So gehen in der BRD jährlich 3,6 Millionen Tonnen Schwefel nieder. Das ist eine Schadstoffmenge, die nach jüngsten Studien drauf und dran ist, die Hälfte des deutschen Waldes zu zerstören. Gerade bei der Luftreinhaltung zeigt sich die internationale Dimension der Umweltzerstörung. Auch die Meere könnten nur durch länderübergreifende Maßnahmen saniert werden. Jüngst abgehaltene Maßnahmen zeigen aber, wie schwierig eine überna-

tionale Kooperation im Umweltschutzbereich ist.

Trotzdem glaube ich, daß die Sanierung der Umwelt international wie national zu bewältigen ist. So gesehen meine ich, daß der Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie ein künstlicher ist, mit etwas gutem Wissen kann es bald zur Versöhnung dieser beiden Richtungen kommen. Denn die Wirtschaft braucht eine gesunde Umwelt, und die Umwelt braucht eine gesunde Wirtschaft.

Diese Änderung der Ansichten drückt Josef Huber, einer der profundesten Öko-Denker aus der BRD, wie folgt aus: Ökologie kann nicht neben oder an der Industrie vorbei verwirklicht werden, und die Industrie kann umgekehrt nur eine Zukunft haben, wenn sie auf längere Frist ökologisch wird.

Er begründet dies damit, daß die Schadenskosten im Umweltbereich mehr als doppelt so hoch wie die Schutzkosten, also die Umweltschutzmaßnahmen, sind.

So wie er haben viele erkannt, daß die Zukunft vor allem von einer geschickten Technik und einer überlegten Wissenschaft abhängt. Das Gelingen der Umweltsanierung hängt daher im starken Maße vom Einsatz der die Umweltverschmutzung vermeidenden Ingenieure ab.

Aber auf jeden Fall gilt der Grundsatz, daß sich alle dem positiven Gedanken des Umweltschutzes Aufgeschlossenen zusammensetzen und gemeinsam mit der Wirtschaft die Sanierung der österreichischen Umwelt angehen müssen.

Noch ein Gedanke drängt sich mir bei den Überlegungen zu einem internationalen Umweltschutz auf: Wir Österreicher, die so stolz auf unsere Kultur und unsere Landschaft sind, haben im Gegensatz zu fast allen anderen europäischen Staaten bis heute keinen Nationalpark.

Österreich hat im Gegensatz zu sehr vielen europäischen Ländern Landschaften, die entweder noch das ursprüngliche Bild zeigen oder infolge zumeist extensiver Nutzung trotz der Veränderung einen natürlichen Lebensraum darstellen. In den letzten Jahren ist auch hier ein grundlegender Wandel eingetreten. Die zahlreichen Besiedlungsformen üben einen zunehmenden Druck auf die Natur aus und verschulden sowohl quantitative als auch qualitative Einbußen der Naturlandschaft.

Dr. h. c. Mautner Markhof

Der Schutzgedanke findet zwar gesteigerte Verbreitung, wird im wesentlichen aber doch durch eine unglückliche, da nicht einheitliche und verschiedenen Kompetenzen unterworfenene Gesetzgebung stark verwässert. Daher wurde bereits vor Jahrzehnten der Ruf nach der Errichtung von Nationalparks in Österreich laut.

Als einer der wesentlichen Teile eines österreichischen Nationalparkkonzeptes wäre dabei die Schaffung des Nationalparks Donau-March-Thaya-Auen zu nennen. Das Gebiet gehört zu den erhaltungswürdigsten Europas.

Zu bedenken ist dabei auch, daß der Verlust an Auflächen Österreichs allein seit 1959 zirka 24 Quadratkilometer beträgt, das sind nicht weniger als neun Zehntel der Gesamtfläche aller Auengebiete. Im genannten Gebiet leben ungefähr 245 Arten; vor einigen Jahrzehnten waren es sogar noch 300. Es handelt sich hierbei um die artenreichste Wirbeltierfauna, die in Europa in einem Gebiet gleicher Größenordnung zu finden ist.

Ein wertvolles Stück Naturlandschaft findet man aber auch im Gebiet rund um den Neusiedler See. Leider haben in dieser für Österreich und darüber hinaus einzigartigen Pußtalandschaft unüberdachte Flächenplanungen schon einiges angerichtet. Daher hält man derzeit bei einem Rest dieser Naturlandschaft von 430 ha Fläche, die nur durch die privaten Pachtverträge des World Wild Life Fund Österreich bewahrt wird, der sich die Kosten gemeinsam mit der Burgenländischen Landesregierung und mit einigen Subventionen des Bundes teilt.

Wenn wir schon dankenswerterweise Abkommen wie das vorliegende schließen, das die Kooperation im Bereich des Umweltschutzes anspricht, dann könnten sich daraus auch sehr schnell sehr konkrete Projekte ergeben. Wenn zum Beispiel das ganze Gebiet des Neusiedler Sees auf österreichischer Seite unter bestimmten Voraussetzungen ein Nationalpark würde, so wäre es schön, wenn jener Teil des Sees, der in Ungarn liegt, ebenfalls einen solchen Status erhalten würde. Ähnliches könnte für das Donau-March-Thaya-Gebiet gelten.

Noch ein Wort zur Definition eines Nationalparks. Auch hier gibt es verschiedene Meinungen, die sicherlich für verschiedene Regionen spezifisch gelten würden. Wenn die IUCN schon bei ihrer Konferenz in Neu-Delhi 1969 den Nationalpark nach ihrer Forderung eines

strengen Nutzungs- und Leistungsverzichtes zur Sicherung natürlicher Abläufe in natürlichen Öko-Systemen verlangt, so bin ich überzeugt davon, daß wir auch hier eine österreichische Lösung finden werden.

Diese österreichische Lösung muß gemeinsam im engsten Zusammenwirken mit der Landwirtschaft gefunden werden. Dazu wird sicherlich noch viel Aufklärungsarbeit notwendig sein, um den Konsens zu finden, der den Vertretern der Landwirtschaft genauso wie den Befürwortern des Nationalparks gemeinsam Freude macht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir begrüßen die vorliegende Regierungsvorlage außerordentlich, weil mit dem von ihr angesprochenen Vertrag die internationale Dimension des Umweltschutzthemas signalisiert wird.

Eine besondere Bedeutung messen wir dem Umstand zu, daß unter anderem vorgesehen ist ein Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiet der Planung und Organisation des Umweltschutzes, ein Austausch von Informationen über Umweltschutzvorschriften hinsichtlich der Planung, Errichtung und Standortwahl von nuklearen Anlagen und der Austausch von Informationen über grenznahe Anlagen, die geeignet sind, im Gebiete des anderen Vertragsstaates zu einem wesentlichen Ansteigen der Umweltbelastung zu führen.

In diesem Sinne möchte ich meine Ausführungen mit einem Köszönem szepen beziehungsweise einem österreichischen Danke vielmals schließen, indem wir gegen diesen Beschluß keinen Einspruch erheben werden. *(Allgemeiner Beifall.)* 9.45

Vorsitzender: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich den im Haus erschienenen Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz, Herrn Dr. Kurt Steyrer, sehr herzlich. *(Allgemeiner Beifall.)*

Weiters hat sich zum Wort gemeldet Herr Bundesrat Dr. Müller. Ich erteile ihm dieses.

9.46

Bundesrat Dr. Müller (SPÖ, Tirol): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Sowohl die Berichterstatterin als auch mein Vorredner haben über die Präambel beziehungsweise über die generellen Absichten dieses Abkommens bereits berichtet beziehungsweise gesprochen.

Dr. Müller

Das Ziel ist, entsprechend den Zielen und Grundsätzen der 1972 in Stockholm abgehaltenen UN-Konferenz über die menschliche Umwelt für den bestmöglichen Schutz der Umwelt in den beiden Staaten zu sorgen. Und ich möchte an dieser Stelle Herrn Bundesminister Dr. Kurt Steyrer für die Initiative und vor allem für die konkreten Maßnahmen nach diesem Vertrag herzlich danken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir müssen uns im klaren sein, daß dies der erste Umweltschutzvertrag zwischen einem west- und einem osteuropäischen Land ist.

Der Vertrag zeigt auch, wie ernst es dieser Bundesregierung mit dem Umweltschutz ist. Die Devise muß jetzt lauten: Grüne Taten statt nur grüner Worte! Und dasselbe: grüne Taten zu setzen — das möchte ich auch hier deponieren —, gilt auch für die Umweltmaßnahmen, die vor kurzem bei der Regierungsklausur beschlossen worden sind und die sehr beeindruckend sind.

Beispielsweise die Abgasvorschriften: Wenn wir ab 1. Jänner 1987 die US-Normen, also die strengsten Normen der Welt, für Kraftfahrzeuge mit einem Hubraum über 1,5 Liter haben, dann haben wir die strengsten Vorschriften auf diesem Sektor in ganz Europa. Die deutsche Sonntagszeitung hat nicht umsonst geschrieben, man solle auch im Tal unten — gemeint war die Europäische Gemeinschaft, gemeint waren Frankreich und die Bundesrepublik — diesen Alphornstoß für den Umweltschutz aus den Bergen zur Kenntnis nehmen und sich nicht in kleinliche Streitereien hineinziehen lassen.

Ein weiteres Beispiel ist die Reduzierung des Bleigehaltes im Benzin: Ab 1. Oktober 1985 wird es nur mehr unverbleites Normalbenzin geben. Auch hier sind wir das erste europäische Land.

Drittens: Auch die unbürokratische Förderung schadstoffarmer Autos soll hier erwähnt werden.

Ich darf bei dieser Gelegenheit, so wie auch mein Vorredner diese Gelegenheit benützt hat, etwas generell auch den Umweltschutz zu diskutieren, auf das Projekt Rollende Landstraße eingehen.

Durch Tirol gehen bekanntermaßen über 80 Prozent des gesamtösterreichischen Transport-Fernverkehrs. Man hat gesagt, daß zirka 3 600 solcher Lkw Österreich durchfahren;

3 000 davon fahren allein über die Brenner Autobahn. Und die Menschen an den Transit-routen Österreichs haben jährlich allein an Luftschadstoffen 3 500 Tonnen zu „konsumieren“.

Wenn man neuesten EG-Berechnungen folgen kann, dann muß man bis jetzt zumindest zur Kenntnis nehmen, daß die EG glaubt, bis zum Jahre 2000 eine 100prozentige Zunahme des Straßengüterverkehrs über den Brenner erreichen zu können. Ich glaube, unter diesem Aspekt müssen wir auch das Projekt der Rollenden Landstraße sehen.

Ich möchte hier aufrufen, allen Widerständen zum Trotz, dieses Projekt mit voller Kraft weiterzuverfolgen!

Woher kommen diese Widerstände? — Diese Widerstände kommen natürlich vor allem aus Bayern, und diese Widerstände kommen auch von der Arge Alp.

Wenn sich der bayrische Wirtschaftsminister Jaumann gelegentlich in unserem Lande aufhält und danach irgendeine Pressekonferenz oder eine Presseerklärung gibt, dann habe ich immer das Gefühl — ich sage, nur das Gefühl —, daß uns der Herr Minister mit seiner mordsmäßigen Wirtschaftskraft im Rücken immer ein bißchen auslacht.

Auch das Arge-Alp-Verkehrskonzept müßte hier erwähnt werden. Im Arge-Alp-Verkehrskonzept — und das gilt nach wie vor — tritt man für die Ulm—Mailand-Straße ein, das heißt für die S 14, Fernpaßschnellstraße, und für die S 15, Reschenschnellstraße.

Leider ist folgendes passiert, die ÖVP-Mehrheit in der Landesregierung hat am 20. November in einer Stellungnahme zur Bundesstraßengesetznovelle folgendes beschlossen: „Die Rückstufung der S 14, Fernpaßschnellstraße, widerspricht dem internationalen Verkehrskonzept. Insbesondere wird der Bau der deutschen Autobahn A 7 ohne eine leistungsfähige Fortsetzung in Österreich sinnlos.“

Ich glaube, hier an dieser Stelle müßten wir, ohne in parteipolitische Streitereien zu kommen, die Frage stellen: Sind wir wirklich verpflichtet, uns an irgendein internationales Verkehrskonzept, das immer zu unseren Ungunsten ausgeht, besonders in Tirol, so sklavisch zu halten? Müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß die deutsche Autobahn A 7 sinnlos ist, wenn wir nicht in der gleichen Breite weiterbetonieren? Ich glaube, diese Fragen müßten wir uns stellen.

Dr. Müller

Wir feiern heuer ja den 300. Geburtstag von Johann Sebastian Bach, und ich habe bei der Vorbereitung dieser Rede, meine Damen und Herren, eine seiner meines Erachtens schönsten Kantaten — das ist natürlich Geschmackssache — gehört, und zufällig hat sie geheißen: „Ich habe genug.“ Es sind wunderschöne Arien drinnen: „Schlummert ein, ihr matten Augen“ und „Ich freue mich auf meinen Tod.“ Und das paßt alles genau da herein. (*Bundesrat Ing. Nigl: Das Thema ist entschlummert!*) Wir haben auch genug von dieser Arge-Alp-Verkehrspolitik. Und „Schlummert ein, ihr matten Augen“ wird für unsere Umwelt gelten, wenn wir diese neuen Nord-Süd-Transversalen durch unser Tirol zulassen.

Ich möchte alle in diesem Saale bitte, dem Ärgsten, das auf uns zurollen wird, zu wehren.

Wenn ich kurz zurückkommen kann zum Abkommen mit Ungarn. (*Heiterkeit.*) Hier heißt es: Austausch von Erfahrungen, Planung und Organisation des Umweltschutzes. (*Ruf bei der ÖVP: Seit wann grenzt Tirol an Ungarn?*) Wir haben eine gewisse ethnische Breite; das mußt du zur Kenntnis nehmen. (*Heiterkeit.*)

Wir haben als zweiten Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Austausch von Informationen über Umweltschutzvorschriften hinsichtlich Planung, Errichtung und Standortwahl von nuklearen Anlagen, und wir haben drittens den Austausch von Informationen über grenznahe Anlagen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu einem wesentlichen Ansteigen der Umweltbelastung führen können.

Darf ich ganz kurz zu den nuklearen Anlagen kommen: Wir haben hier noch gut in Erinnerung die Ablehnung eines Abkommens zwischen Österreich und der CSSR zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit Kernanlagen durch die ÖVP. Das war vor zwei Jahren, im März 1983.

Die Aussage meines Vorredners Dr. Mautner Markhof erfüllt uns mit Freude, daß heute die Zustimmung zu einem Vertrag gegeben wird, der ja von der Tendenz und vom Inhalt her ähnliches will. Ich weiß nicht, sind in der ÖVP jetzt die Anhänger Hegels so stark geworden, der von einer „List der Vernunft“ spricht? Oder man könnte in diesem Zusammenhang sogar Marx zitieren, der einmal gesagt hat: Wenn einmal das Bewußtsein revolutioniert ist, dann hält die Wirklichkeit

nicht stand. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Ganz egal, welcher These Sie folgen, ich habe den Eindruck gehabt auf Grund der Worte meines Vorredners, daß hier echte Überzeugung vorhanden ist und daß die internationale Bedeutung der Umweltdimension in diesem Saale unbestritten ist.

Zu den grenznahen Anlagen noch einige Worte. Ich glaube, daß dieses Abkommen sehr wichtig ist, weil es auch einen kleinkarierten Kantönligeist verhindert. In der Schweizer Zeitung „Weltwoche“ ist letzte Woche zufällig ein Artikel erschienen über Dioxinfunde auf einer Industriemülldeponie an der deutsch-schweizerischen Grenze, und zwar auf der deutschen Seite. Und was ist dort passiert — der Streit geht schon seit Jahren —?

Es gibt nichts anderes als ein Kompetenzgerangel zwischen dem Kanton Aargau und den Gemeinden und der Bundesrepublik Deutschland und den riesigen Unternehmungen. Die Regelung grenznaher Umweltschutzkonflikte überläßt nämlich die Schweiz grundsätzlich den Kantonen und Gemeinden. Und diese haben natürlich in solchen internationalen beziehungsweise bi-nationalen Konflikten kaum Entscheidungsbefugnisse, kaum Lösungsmöglichkeiten. Und am Schluß setzt sich meist der Stärkere durch.

Das wird mit diesem Abkommen, dem Gott sei Dank alle zustimmen, verhindert. Es ist wirklich allen Beteiligten von Herzen zu danken, insbesondere dem besonders engagierten Bundesminister Dr. Kurt Steyrer und seinen Beamten.

Zum Schluß: Wenn man immer vom vereinten Europa redet, von dieser Theorie des Zusammengehörens, dann, glaube ich, muß es uns darum gehen, Europa konkret, Europa, wie man so schön sagt, anfaßbar zu machen. Ich glaube, hier ist ein Schritt in einer bestimmten Dimension gemacht worden, nämlich ein Schritt zu einem sauberen Europa. Und dieser Dimension geben wir gerne unsere Zustimmung. (*Beifall bei der SPÖ.*) 9.55

Vorsitzender: Weiters hat sich zum Wort gemeldet Herr Bundesrat Dr. Hoess. Ich erteile ihm dieses.

9.55

Bundesrat Dr. Hoess (ÖVP, Steiermark): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Ich knüpfe an die Ausführungen des Herrn Bundesrates Dr. Müller an und möchte nur richtigstellen, daß sich der Hohe Bundesrat

1473

Dr. Hoess

meines Wissens vor zwei Jahren mit der Frage des grenznahen Kernkraftwerkes nicht befaßt hat, sondern die 8-Wochen-Frist verstreichen ließ. Das gibt mir auch Anlaß, daß ich heute — Sie werden sich wundern — sogar so ein Abkommen urgieren. Ich möchte nämlich die Behandlung des gegenständlichen Vertrages im Hohen Bundesrat zum Anlaß nehmen, darauf zu verweisen, daß das im Art. 2 Abs. 1 lit. b in Aussicht genommene Abkommen möglichst bald abgeschlossen werden sollte.

Ich habe damals, als ich noch im Außenministerium tätig war, selbst mit diesem Abkommen begonnen und war eigentlich unglücklich, Herr Bundesminister, daß wir diesen Vertrag vorweg abgeschlossen haben. Mir wäre es lieber gewesen, man hätte ihn hier verzahnt gemacht, aber es hat sich dann so ergeben. *(Vorsitzender-Stellvertreter Schipani übernimmt die Verhandlungsleitung.)*

Ein solches Abkommen ist seit langem im Gespräch und soll die Einzelheiten über den Austausch von Umweltschutzvorschriften hinsichtlich der Planung, der Errichtung und der Standortwahl von nuklearen Anlagen sowie über solche Umweltschutzanlagen, die mit der Errichtung, dem Betrieb und der Entsorgung von nuklearen Anlagen im Zusammenhang stehen, und die dabei gewonnenen Erfahrungen vorsehen.

Zwar bestehen derzeit keine ungarischen Kernkraftwerke in Grenznähe, sondern es gibt nur zirka 100 Kilometer entfernt eine Einheit in Paks, wo eine zweite Einheit ebenfalls des Woronesch-Typs im Errichtungsstadium ist. Ein solches Abkommen wäre für Österreich daher zurzeit nicht so sehr wegen allfälliger grenzüberschreitender Auswirkungen grenznaher Kernkraftwerke von Interesse, sondern um in periodischen Expertengesprächen, wie dies auch in dem anderen bereits angezogenen Abkommen vorgesehen ist, Informationen erstens allgemein nuklearpolitischer Natur auch über das ungarische Programm sowie zweitens über Rechtsvorschriften betreffend die nukleare Sicherheit von Kernanlagen und den Strahlenschutz sowie allfällige Änderungen derselben auszutauschen.

Meine Damen und Herren! Natürlich sollte ein solches Abkommen, das ich jetzt moniere, auch die Vorgangsweise für den Fall vorsehen, daß doch Kernanlagen in der Nähe der gemeinsamen Staatsgrenze geplant werden. Es besteht doch kein Zweifel, daß es besser ist, in einem solchen Fall — und ich habe Grund zur Annahme, daß die ungarische Seite ein Kernkraftwerk in Grenznähe plant

— bereits über ein entsprechendes Abkommen zu verfügen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Gelegenheit benützen, den Abschluß der seit Jahren in Verhandlung stehenden ähnlichen Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Sozialistischen Republik Jugoslawien noch einmal zu urgieren. Die Steiermärkische Landesregierung, der Steiermärkische Landtag und die steirische Bevölkerung haben großes Interesse an einem möglichst baldigen Abschluß eines solchen Abkommens zwischen Österreich und Jugoslawien. Und ich deponiere dieses Interesse, Herr Bundesminister, erneut mit dem Ersuchen, die Verhandlungen zu einem baldigen Abschluß zu bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 9.59

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Schwaiger. Ich erteile dieses.

9.59

Bundesrat Dr. **Schwaiger** (ÖVP, Tirol): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Hoher Bundesrat! Es bleibt mir denn doch nichts anderes übrig, als dem Kollegen Lothar Müller doch etwas zu antworten. Ich möchte nicht antworten betreffend Johann Sebastian Bach. Da muß ich etwas überhört haben, was er da gesagt hat. Sicher wäre es wichtig gewesen, aber das kannst du mir ja dann auf dem Heimweg im Flugzeug noch erzählen, wenn ich da etwas versäumt habe.

Zu einem anderen Thema, zu dem Bundesrat Dr. Müller gesprochen hat, nämlich zum Straßenverkehr, der eines seiner Lieblingsthemen ist, einige Bemerkungen. Ein Hotelier im Unterinntal hat mir einmal ungefähr folgendes erzählt: Es ist nicht mehr auszuhalten! Ja, sagte ich und fragte: Wäre es dir lieber, es wäre Schluß mit dem Verkehr? Er sagte: Ja, natürlich. Ich antwortete: Dann ist es ruhig. Er entgegnete: Ja, dann hätte ich es ruhig. Dann frage ich: Hättest du es dann vielleicht nicht zu ruhig? Ist dir nicht bewußt, daß es, würde man das schlagartig abstellen, dann in Mitteleuropa schlagartig einige Millionen Arbeitslose geben würde? Dann kannst du dein Hotel mit Arbeitslosen füllen. *(Bundesrat Dr. Bösch: Das ist eine Dramatisierung!)*

Nun zum berühmten Huckepackverkehr ein paar Worte. Vor zwei Jahren hat die Bundesbahndirektion Innsbruck eine Werbroschüre über den Huckepackverkehr ausgesandt. Ich habe an diese geschrieben, ich würde vorläufig je zehn Waggon auf der Strecke Italien—Deutschland und zehn Waggon auf der Strecke Deutschland—Italien

Dr. Schwaiger

pro Woche brauchen, und ich bitte um ein Gespräch. Daraufhin besuchte mich jemand, der sehr vorsichtig und sehr zurückhaltend war. Ich fragte: Na was ist, könnt ihr das machen oder nicht? Daraufhin sagte der: Ja wissen Sie, wir haben leider keine Waggon! und fragte: Wie hoch sind denn Ihre Fahrzeuge? Ich antwortete: Vier Meter natürlich. Darauf entgegnete der Betreffende: Dann geht das sowieso nicht, da die Tunnels am Brenner zu niedrig sind. (*Bundesrat Dr. Bösch: Dann muß man eben vergrößern!*) Die Tunnels am Brenner sind zu niedrig. In nächster Zeit wird man die Tunnels vertiefen, damit sie höher werden. Aber auf der Südseite des Brenners ist noch keine Schaufel angeührt worden, damit sie tiefer werden.

Ein Eisenbahnwaggon aus dem Raum Innsbruck braucht bis in den Raum Mailand 10 bis 14 Tage. Das ist für die 400 km so lang, daß man in derselben Zeit ohne Pferdewechsel auch mit einem Pferdewerk von Innsbruck in Mailand wäre. Das ist doch der Grund, warum die Güterbeförderungen auf der Straße erfolgen. Ich habe einen Herrn von deiner Partei, Müller, von der Bundesbahndirektion Innsbruck gefragt, ob er mir erheben könnte, wie lange ein Eisenbahnwaggon vor hundert Jahren oder um die Jahrhundertwende von Innsbruck nach Mailand gebraucht hat. Das Ergebnis lautete: zwei Tage. (*Bundesrat Dr. Müller: Auf die italienische Seite schau!*) Ich sagte: Das glaube ich nicht; heute braucht er 10 bis 14 Tage!

Also das, was die Bundesbahnen können sollten und wozu das Material vorhanden ist, sollte man doch endlich nützen. Wieso gibt es das denn in der Schweiz über den St. Gotthard? Geht auch eine zweigleisige Eisenbahn. Da werden mit der Bahn 12 Millionen Tonnen transportiert, in Innsbruck sind es nur 4,5 Millionen Tonnen, und zwar auch auf einer zweigleisigen Eisenbahn. Demnach wird es wohl an der Organisation der Bahn, am Zoll und so weiter liegen. Als Antwort höre ich immer: Ja die Italiener! Auch die St. Gotthard-Bahn geht nach Chiasso nach Italien. Warum funktioniert es dort mit Italien?

Ich würde den Bahnverwaltungen, sowohl in Italien als auch in Innsbruck, einmal empfehlen, die Fachleute von Chiasso und St. Gotthard nach Innsbruck, nach Verona und nach Bozen einzuladen, um einen Weg zu finden, die Kapazität besser auszunützen.

Bis der Huckepackverkehr soweit ist und das aufnehmen kann, Müller, leben wir

bestimmt nicht mehr. (*Bundesrat Dr. Müller: Wohl, wohl, du hast keine Ahnung!*)

Ich bin dafür, daß man auf den Huckepackverkehr umstellt. Aber es wäre ein großer Erfolg, wenn es gelänge, den Zuwachs des Wirtschaftswachstums auf die Bahn zu übertragen. Wir wollen hoffen, daß es einen Zuwachs gibt. Und wenn pro Jahr ein Zuwachs von 4 Prozent wäre, so würde das bedeuten, daß in 17 Jahren doppelt so viele Waren ausgetauscht würden, nach der Zinseszinsrechnung. (*Bundesrat Dr. Müller: Ja, paßt!*) Dieses Ziel sollte man anstreben. Nicht, wie in den Zeitungen steht: In fünf Jahren entfällt die Hälfte des Verkehrs auf die Bahn. Das kann die Bahn nicht leisten. Das sind reine Illusionen. Lügt euch doch nicht selber in dieser Weise in den Sack, sondern schaut, daß die Bahn mit ihrer Organisation endlich funktioniert. Dabei kann euch Sebastian Bach auch nicht helfen. (*Beifall bei der ÖVP.*) 10.05

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Steyrer. Ich erteile ihm dieses.

10.05

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz **Dr. Steyrer**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Es besteht, glaube ich, Übereinstimmung darüber, daß der Umweltschutz eine besondere Akzentuierung erfährt, wenn es gelingt, internationale Dimensionen einzubringen.

Ich bin mir dessen bewußt, daß im nationalen Bereich vieles in der Umweltpolitik ansetzen muß, um zu Lösungen zu kommen. Eine OECD-Konferenz in Basel, an der ich gestern teilgenommen habe, hat mir aber eindeutig vor Augen geführt, daß vor allem das Verhältnis der Industriestaaten zu Staaten der Entwicklungsländer und auch des Ostblockes verstärkt werden muß, um auf diesem Gebiet zu einer grundlegenden Besserung der Situation zu kommen.

Es gibt sehr pessimistische Prognosen, falls es nicht gelingen sollte, die Oststaaten in die Umweltpolitik einzubinden. Ich war daher sehr froh, daß es mir gelungen ist, mit unserem guten Nachbarn Ungarn einen Vertrag zustandezubringen, der eine Pionierleistung darstellt, da erstmalig ein osteuropäischer Staat mit einem westeuropäischen Staat eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Umweltschutzes vereinbart hat.

Weitere Verträge sind mit Jugoslawien und mit der Tschechoslowakei in Vorbereitung. Es

Bundesminister Dr. Steyrer

wurde hier gefordert, es sollte auch mit der Bundesrepublik ein Umweltvertrag abgeschlossen werden.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen sagen, daß Österreich in seiner Brückenfunktion zwischen Ost und West, die ja traditionell noch aus der Monarchie stammt, eine sehr gute Zusammenarbeit mit allen Nachbarn angestrebt und auch realisiert hat. Das ist nicht nur mit Ungarn gelungen. Wir haben ein ganz besonders herzliches Verhältnis auf dem Gebiet des Umweltschutzes mit der Schweiz und vor allem auch mit der Bundesrepublik. Hier gibt es fast schon eine institutionelle Zusammenarbeit, weil wir halbjährlich ein Umweltministertreffen dieser drei Länder auf dem Fahrplan haben.

Vor kurzem habe ich in Tirol, in Igls, den deutschen Innenminister Zimmermann und die Schweizer Delegation eingeladen. Dabei sind die wichtigsten Fragen, vor allem jene des Verkehrs, diskutiert worden, zum Beispiel die Einführung des bleifreien Benzins und die Katalysatorenregelung, die, wie Sie wissen, in der Bundesrepublik und in der Europäischen Gemeinschaft auf größte Schwierigkeiten gestoßen ist.

Österreich darf sich wirklich rühmen, auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle zu haben. Ich gebe zu: mit gewissen Schwierigkeiten. Es wird nicht ganz leicht sein, gegen den massiven Widerstand der europäischen Automobilindustrie unsere Vorstellungen über strenge Abgasnormen in die Realität umzusetzen.

Was nun die Angelegenheit des Vertrages anbelangt, die Herr Bundesrat Hoess hier urgirt hat, nämlich die Aufnahme von Verhandlungen über Kernkraft in beiden Bereichen: Es wird hier Informationen geben. Nach Abschluß dieser Ratifikation ist es die dringende Aufgabe meines Ministeriums, mit der Volksrepublik Ungarn eine Erweiterung dieses Vertrages vorzunehmen. Das ist von beiden Seiten praktisch zugesagt und wird meiner Meinung nach keine Schwierigkeiten bereiten.

Zum gegenständlichen Anlaß, Herr Bundesrat Dr. Hoess, darf ich Ihnen sagen, daß in der Volksrepublik Ungarn hundert Kilometer südlich von Budapest ein Kernkraftwerk in Betrieb gegangen ist, und zwar in der Nähe von Paks. Dieses Kernkraftwerk wird jetzt durch drei weitere Kernkraftanlagen im selben Bereich ergänzt, sodaß dadurch keine unmittelbare Gefährdung der österreichischen Bevölkerung bei eventuellen Unfällen

zu erwarten ist. Wir haben aber so gute Verbindungen zu Ungarn und eine so gute Zusammenarbeit mit Ungarn, daß es sicherlich keine Schwierigkeiten geben wird, Ihre diesbezüglichen Vorstellungen zu erfüllen.

Mit Jugoslawien sind wir in sehr guten Verhandlungen. Ich bin sicher, daß wir im Laufe des Jahres ebenfalls zu einem solchen Vertrag kommen werden.

Herr Bundesrat Dr. Manfred Mautner Markhof! Herr Präsident, Sie haben Ihr Anliegen, das auch unser Anliegen ist, zur Schaffung eines eigenen Nationalparks im Bereich der Donau-March-Auen zu kommen, sehr deutlich präzisiert. Ich unterstütze dieses Anliegen. Sie wissen, daß mich der Bundeskanzler mit der Führung einer Ökologiekommision beauftragt hat, die in eigenen Arbeitskreisen diese Problematik behandeln wird. Der bekannte Umweltschützer Dozent Dr. Bernd Lötsch ist der Leiter dieses Arbeitskreises Nationalpark-Ost, wobei auch deutlich die Einbeziehung des Neusiedlerseegebietes in diese Nationalparkidee gefordert wird. Hier, glaube ich, wird es kaum Schwierigkeiten geben. Es wird einige Schwierigkeiten mit Landbesitzern, mit Bauern und mit der Bewirtschaftung geben.

Man muß anerkennen, daß die Menschen, die dort leben, berechnete Sorgen haben. Es ist zweifellos eine große Schwierigkeit, die wir auch bewältigen müssen, die finanzielle Entschädigung für Besitzer solchen Grund und Bodens aufzubringen, die berechtigterweise ihre Ansprüche anmelden.

Ich darf Ihnen auch sagen, daß wir im Bereich der Langen Lacke — ich anerkenne, daß der World Wildlife Fund hier eine beachtliche Vorleistung erbracht hat — sicherlich zu einer Lösung kommen werden, um dieses so schöne Gebiet endgültig zu schützen.

Meine Damen und Herren! Ich habe gestern als Vizepräsident der OECD-Konferenz in Basel die Aufgabe gehabt, die Beziehungen der OECD-Staaten, der reichen Industrienationen, zu Nichtmitgliedstaaten auf dem Gebiet der Sonderabfallbeseitigung zu erörtern.

Ich habe in einem Einleitungsreferat sehr deutlich darauf hingewiesen, daß es im Bereich des Umweltschutzes nicht zu einem Gefälle zwischen reichen Industrienationen und Ländern der dritten Welt oder Oststaaten kommen darf.

Bundesminister Dr. Steyrer

Wir verlangen bei der Beseitigung des Sonderabfalls, der vielleicht aus unserem Land dorthin verbracht wird, den gleichen technischen Standard, wie er in westlichen Industriestaaten gegeben ist. Hier wird es noch eine sehr starke Diskussion geben müssen, auch in anderen politischen Foren, wie zum Beispiel der ECE oder der UNEP, weil ich nicht glaube, daß die OECD allein diese Forderungen wird erfüllen können.

Es ist hier heute über Umweltprobleme diskutiert worden, auf die ich im einzelnen nicht eingehen darf. Lieber Freund Dr. Schwaiger! Es sind Tiroler Kämpfer untereinander angetreten, und ich bin nicht so informiert, daß ich eine eindeutige Aussage geben muß.

Doch glaube ich darauf verweisen zu dürfen, daß das große Programm zur Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen eine sehr wesentliche Aufgabe wird erfüllen müssen.

Ich habe bei einem Lokalausweis an der Brenner Autobahn feststellen müssen, daß beiderseits dieser Autobahn beachtliche Waldschäden — zweifellos hervorgerufen durch den Schwerlastverkehr — zu verzeichnen sind.

Wir müssen etwas dagegen tun, und wir brauchen dazu die enge Zusammenarbeit mit zwei sehr wichtigen Nachbarländern, nämlich mit der Bundesrepublik und mit Italien.

Ich habe eine Einladung des Innenministers Zimmermann angenommen, im Herbst dieses Jahres bei einer gemeinsamen Sitzung der Umweltminister der Schweiz, der Bundesrepublik und Österreich die Fragen des Schwerlastverkehrs und vor allem des Diesellokomotivverkehrs zu diskutieren. Hier werden wir sicherlich, nachdem wir eine Vorreiterrolle im Bereich des PKWs ergriffen haben, auch unsere Initiativen setzen müssen.

Meine Damen und Herren! Ich darf feststellen, daß die Umweltpolitik, abgesehen von gewissen tagespolitischen Querelen, immer mehr Eingang in die österreichische Politik findet und daß sich eigentlich alle politischen Kräfte in diesem Land zu einer besseren Umweltpolitik bekennen.

Ich darf aber doch vielleicht eines sagen: Ich akzeptiere politische Diskussionen. Es ist gar keine Frage, daß es nicht Aufgabe der Opposition ist, die Umweltpolitik der Regierung besonders hervorstreichend. (*Bundesrat Dr. Schwaiger: Haben wir eh nicht!*)

Ich akzeptiere das, lieber Freund! (*Bundesrat Dr. Schwaiger: Wir haben überall zugestimmt!*) Ja, ich weiß, mit Ausnahme des Umweltbundesamtes, und ich bin ein bißchen traurig darüber gewesen, daß hier erstmals abweichend von dieser Konsenspolitik einem so wichtigen Umwelthanliegen nicht die Zustimmung gegeben werden konnte.

Ich darf Ihnen aber versichern, meine Damen und Herren — wenn ich das Umweltbundesamt hier noch einmal kurz streifen darf —, daß es meine feste Absicht ist, in einer guten Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der Länder eine bessere Umweltkontrolle zu bringen — diese brauchen wir auf jeden Fall —, auch mit den bestehenden Einrichtungen des Bundes, der wissenschaftlichen Institute wie Joanneum, ÖBIG oder Seibersdorf.

Österreich findet mit seiner Umweltschutzpolitik — das darf ich zum Abschluß sagen — internationale Würdigung und Anerkennung. Gerade bei dieser OECD-Konferenz hat es sich sehr deutlich gezeigt, daß man akzeptiert, daß Österreich als neutraler Staat wesentlich mehr Möglichkeiten als zum Beispiel die Bundesrepublik hat, in verschiedenen Fragen initiativ zu werden, und das wurde allgemein anerkannt.

Ich möchte Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Bundesrates, für Ihre Bereitschaft, diesen Vertrag hier einstimmig zu ratifizieren, sehr herzlich danken. Es wird mir Gelegenheit gegeben werden, damit auch weitere Verträge mit Oststaaten abzuführen. Ich darf Ihnen auch sagen, daß in ganz naher Zukunft ein Besuch in Polen vorgesehen ist, einem etwas entfernten Nachbarland, das bedeutende Umweltprobleme hat und das auch Umweltprobleme für Österreich auslöst. Es werden Gespräche mit dem Umweltamt in Polen stattfinden.

Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Ratifikation, und ich bitte um weitere gute Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes. (*Allgemeiner Beifall.*) 10.14

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Meine Damen und Herren! Bevor ich dem nächstgemeldeten Redner das Wort erteile, begrüße ich den im Hause erschienenen Herrn Staatssekretär Dr. Erich Schmidt. (*Allgemeiner Beifall.*)

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Pichler. Ich erteile es ihm.

18640

Bundesrat — 459. Sitzung — 28. März 1985

Pichler

10.15

Bundesrat **Pichler** (SPÖ, Oberösterreich): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Bundesräte! Wenn wir uns, vom Thema Verkehrspolitik kommend, mit dem Thema Umweltpolitik beschäftigen, ist es notwendig, einige Dinge zu erläutern. Es wurde besonders der Transitverkehr hier angesprochen, und es liegt in der Verantwortung Österreichs, beim Transitverkehr Maßstäbe zu setzen. Das, was Österreich auf Grund der geographischen Lage in Europa passiert, kann man nicht als ungeschehen betrachten. Es wird notwendig sein, verstärkte Maßnahmen zu setzen und nicht der Bahn die Schuld zu geben, daß die ÖBB bei dem Frachtaufkommen nicht die Voraussetzungen bringen, die sie vielleicht in der heutigen technischen Zeit bringen könnten.

Hier muß schleunigst danach getrachtet werden, die ÖBB in die Lage zu versetzen, die notwendigen Voraussetzungen zu bekommen, denn 90 Prozent des europäischen Transitverkehrs gehen durch Österreich. Die Schweiz hat es verstanden, diesen Transitverkehr durch gesetzliche Maßnahmen umzulenken und ihre Umwelt dadurch zu schützen.

Aber bei uns wollen es viele nicht wahrhaben, daß es höchste Zeit ist, hier etwas zu ändern. Da gibt es viele Gruppeninteressen, da gibt es viele, die entsprechende Maßnahmen verhindern möchten. Auf Österreichs Straßen kann man durchaus mit einem 38-Tonnen-Sattelschlepper fahren, in der Schweiz gibt es zum Beispiel eine Beschränkung von 25 Tonnen, ein Nachtfahrverbot, eine Routenbeschränkung. Wenn wir in Österreich über diese Themen reden, will man nichts davon hören.

Wir haben die Brenner Autobahn für den Transitverkehr ausgebaut, wir haben die Tauern Autobahn für den Transitverkehr ausgebaut, und wir bauen jetzt eine dritte Straße, die Pyhrn Autobahn, aus, damit noch mehr LKWs durch Österreich fahren können, die niemals eine Tankstelle anfahren, keinen Groschen in unserem Lande lassen (*Bundesrat Dr. Schwaiger: Stimmt doch nicht!*) und einen gigantischen Warentransport zwischen Nord und Süd und umgekehrt durchführen.

Hier wird es dringend notwendig sein, gesetzliche Maßnahmen zu finden, diesen gigantischen Transitverkehr umzulenken, ihn auf die Schiene zu bringen, damit er umweltfreundlicher wird. Wir bekennen uns alle ver-

bal dazu, möchten aber auch durch Taten aufzeigen, daß wir diesen Transitverkehr auf die Bahn bringen und damit der Bahn die Chance geben wollen, eine Politik zu betreiben, die allen Österreichern zugute kommt, nicht nur den einzelnen Gruppeninteressen mancher Frächter, wie es die derzeitige Entwicklung zeigt. (*Beifall bei der SPÖ.*) 10.17

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Ich erteile zu einer zweiten Wortmeldung Herrn Bundesrat Dr. Schwaiger das Wort.

10.17

Bundesrat Dr. **Schwaiger** (ÖVP, Tirol): Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Eigentlich ist das eine sachliche Berichtigung, die ich machen möchte: Daß diese LKWs durch Österreich fahren, ohne zu tanken, stimmt einfach nicht. Das ist nicht wahr. Die Fahrzeuge werden an der Grenze kontrolliert. Man darf nicht mehr als 30 Liter Diesel mitnehmen, das heißt, sie müssen in Österreich tanken. Wer das Gegenteil behauptet, kennt diese Kontrollen nicht und sollte sich in Zukunft besser informieren, bevor er solche Behauptungen aufstellt.

Um aufzuzeigen, daß es bei der Bahn nicht funktioniert, erzähle ich ein Beispiel: Ich habe sechs Anhänger von Tunesien geliehen gehabt nach Venedig — auf die Bahn in Verona nach München. Es war kein Waggon. Die mußten mit den Zugmaschinen nach Ala. Damit mußten die sechs Zugmaschinen und die sechs Fahrer mit nach München. — Gut. Hinausgefahren zu den Abladestellen. Sie kommen in München zum Bahnhof zurück: Ja, mein Lieber, die sind um 11 cm zu hoch, die müssen auf der Straße fahren. Jetzt fahren die also auf der Straße herein. Zuerst muß man sechs Deutschlandkarten hinausschicken, dann fehlen in Kufstein an der Grenze zu allem Unglück noch die Papiere.

Was glauben Sie, was das für ein Theater ist, wenn so etwas passiert? Es liegt an der Bahn! Mein Gott, es ist doch jeder Verkehrsminister und noch jeder Generaldirektor daran gescheitert, die Kapazität zu erhöhen.

Leider ist heute Bundesrat Schmözl nicht da. Bei Schmözl und Prectl liegt der Schlüssel, daß die Bahn besser funktioniert. (*Beifall bei der ÖVP.*) 10.19

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen.

Vorsitzender-Stellvertreter Schipani

Wird von der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht? — Auch das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

4. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 21. März 1985 betreffend den Rücktritt Österreichs von der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse (2961 der Beilagen)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Wir gelangen nun zum 4. Punkt der Tagesordnung: Beschluß des Nationalrates vom 21. März 1985 betreffend den Rücktritt Österreichs von der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse.

Berichterstatter ist Frau Bundesrat Margaretha Obenaus. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter **Margaretha Obenaus**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Durch die Ratifizierung der im Rahmen der Tokio-Runde des GATT vereinbarten Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse, BGBl. Nr. 329/1980, ist Österreich auch an die in der Übereinkunft festgelegten Mindestpreise gebunden. Durch den Rückgang der Weltmarktpreise für Milchprodukte, verschärft durch den Anstieg des Kurses für den US-Dollar, entsprechen die Mindestpreise nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten des Weltmarktes, sodaß Österreich den Großteil der Milchprodukte, deren Preise auf Grund der Übereinkunft geregelt sind, nicht mehr exportieren kann. Durch den gegenständlichen Beschluß des Nationalrates soll nun der Rücktritt Österreichs aus der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse genehmigt werden.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Rücktritts Österreichs die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 26. März 1985 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 21. März 1985 betreffend den Rücktritt Österreichs von der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Haas. Ich erteile dieses.

10.22

Bundesrat **Haas** (ÖVP, Steiermark): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Der Regelfall ist wohl der, daß wir hier im Hohen Haus internationalen Abkommen unsere Zustimmung geben, sie beschließen, sie absegnen, so wie wir gerade bei den vorangegangenen drei Tagesordnungspunkten ein Abkommen mit Portugal, eines mit der Europäischen COST-Aktion und einen Vertrag mit Ungarn sanktioniert haben. Beim letzten Punkt hat man aufgrund der Debatte nahezu den Eindruck gewonnen, daß Ungarn unmittelbar an Tirol angrenzt.

Einen eher ungewöhnlichen Vorgang stellt es sicher dar, wenn wir hier im Parlament nicht den Beitritt, sondern den Rücktritt von einem solchen internationalen Übereinkommen beschließen sollen, wie das die Frau Berichterstatter soeben ausgeführt hat und wie das nun unter Punkt 4 der heutigen Tagesordnung vorgesehen ist: den Rücktritt von der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse, von einem Staatsvertrag, der im Rahmen des GATT-Abkommens erst im Jahre 1980 ratifiziert und vom Parlament beschlossen worden ist und der die Einführung von Mindestpreisen für Milchprodukte zum Inhalt hatte.

In den wenigen Jahren, die seither vergangen sind, hat auf dem Weltmilchmarkt allerdings eine Entwicklung Platz gegriffen, die nun leider eine solche Entscheidung, einen solchen Vertragsrücktritt notwendig macht. Angesichts gigantischer Überschüsse an Milch und Molkereiwaren in der ganzen westlichen freien Welt sind die Weltmarktpreise ins Aschgraue gestürzt. Vor allem aber auch angesichts des Anstiegens des Dollarkurses von 1981 bis 1984 um fast ein Drittel — die in diesem Abkommen angeführten Mindestpreise sind ja in Dollar ausgewiesen — hat dieses Mindestpreissystem keineswegs mehr

Haas

den tatsächlichen Marktgegebenheiten entsprochen.

Um nun auf den überfüllten Märkten überhaupt noch ins Geschäft zu kommen, sind diese Mindestpreise von vielen Staaten laufend unterboten worden, und derjenige, der sich treu und bieder daran gehalten hat, hat gewissermaßen zum Lohn für seine Vertragstreue auf seiner Ware sitzenbleiben können.

Alle unsere österreichischen Vorstöße, beim GATT eine entsprechende Senkung auf einen realistischen Stand herbeizuführen, sind leider ergebnislos geblieben. Darum wird konsequenterweise heute dieser Schritt gesetzt, um unsere österreichischen Exporte vor weiterer Diskriminierung, ja letztlich sogar, so kann man durchaus sagen, vor der Einstellung zu bewahren.

Wie wir alle auch wissen, leistet der österreichische Staat dem Marktordnungsgesetz entsprechend erhebliche Zuschüsse, und wir haben durchaus Verständnis, wenn der österreichische Staat beziehungsweise der Landwirtschaftsminister sagt: Wir können nicht Geschäfte mitfinanzieren, die eindeutig gegen einen internationalen Vertrag verstoßen, den wir vor gar nicht langer Zeit hier im Parlament beschlossen haben.

Das, meine Damen und Herren, ist gewissermaßen der Hintergrund für diesen Schritt, für diesen Beschluß, den wir heute fassen wollen.

Im Vordergrund, meine Damen und Herren, herrscht große Sorge in der österreichischen Milchwirtschaft, große Sorge angesichts steigender Anlieferung, angesichts stagnierenden, ja im Vorjahr sogar rückläufigen Absatzes und angesichts des enormen Stützungsaufwandes im Export.

All diese unerfreulichen Umstände zusammen genommen haben in der Folge zu argen, schmerzlichst spürbaren Einkommenseinbußen bei den Milchbauern geführt, vor allem durch die massive Anhebung des zusätzlichen Absatzförderungsbeitrages auf 3,93 S im Herbst des Vorjahres und nun ab 1. Jänner 1985 auch durch die Anhebung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages von 21 auf 34 Groschen durch den Landwirtschaftsminister.

Für all jene unter den 120 000 österreichischen Milchbauern, die mit ihrer Richtmenge nicht das Auslangen finden und, wenn schon nicht ständig, so zumindest zeitweise, überlie-

fern müssen — das tut immerhin die Hälfte dieser 120 000 Milchbauern, also etwa 60 000 bäuerliche Betriebe —, haben diese Einkommenskürzungen in der jüngsten Vergangenheit geradezu dramatische Ausmaße angenommen. Für den Überlieferer werden nämlich nun beide Absatzförderungsbeiträge zusammen in Abzug gebracht und ergeben heute einen Gesamtabzug von 4,27 S.

Wenn wir nun wissen, daß der Erlös des Bauern für 1 Liter Milch mit 3,6 Fettprozenten — das ist der auch bei der Trinkmilch im Verkauf übliche Fettgehalt — in der ersten Güteklasse 4,90 S pro Liter Milch beträgt, so kann man unschwer errechnen, daß ihm nach diesem Aderlaß für die Absatzüberschufverwertung noch ganze stolze 63 Groschen verbleiben.

Bei Milch der Güteklasse 2, meine Damen und Herren, sind es gar nur mehr 34 Groschen, und bei Milch der Güteklasse 3, von der Gott sei Dank nur sehr wenig angeliefert wird, weil sich unsere österreichischen Bauern enorm bemühen, beste Qualität anzuliefern, tritt der groteske Fall ein, daß der Bauer nicht nur nichts mehr für seine Milch bekommt, sondern zu seiner Milch im günstigen Fall 11 Groschen, im ungünstigen Fall sogar 26 Groschen dem Staat beziehungsweise dem Milchwirtschaftsfonds dazuzahlen, also sozusagen seiner Milch hinterdrein schicken darf. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man darüber lachen und sagen: Das ist ein guter Witz aus einem Kabarett. Leider ist es kein guter Witz, sondern — schlimmer noch — es ist die bittere Wahrheit für viele Tausende Milchbauern in unserem Land.

Meine Damen und Herren! Erst vor einer Woche hat hier in diesem Haus der Nationalrat im Rahmen einer dringlichen Anfrage das Aufkommen einer neuen Art von Armut in Österreich an Hand des vorliegenden Zahlenmaterials diskutiert.

Dabei hat sich — ich glaube, das ist für die Regierung ein sehr trauriges Faktum — herausgestellt, daß es neben den kinderreichen Familien, den Pensionisten, den kleinen Gewerbetreibenden vor allem und in zunehmendem Ausmaß Bauernfamilien sind, die mit ihrem landwirtschaftlichen Einkommen immer mehr unter die Armutsgrenze absinken. Das ist keine böswillige ÖVP-Propaganda, die ich hier wiedergebe. (*Bundesrat Schachner: No na!*) Nein, Herr Kollege, lassen Sie sich das von mir sagen, sondern das sind die Zahlen, die Sie, verehrter Herr Kollege, im Grünen Bericht des Herrn Landwirtschaftsministers nachlesen können.

Haas

Im Grünen Bericht des Jahres 1970 ist ausgewiesen, daß 21 Prozent der österreichischen Vollerwerbsbauern unter der Armutsgrenze gelegen waren. Im Grünen Bericht des Jahres 1983, vom Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, wie Sie wissen, herausgebracht, können Sie nachlesen, daß es 28 Prozent der österreichischen Vollerwerbsbauern sind. Bei den Bergbauern ist die Zahl noch alarmierender, es sind 34 Prozent. Das heißt, daß nach amtlicher Auskunft des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft mehr als ein Drittel unter die Armutsgrenze abgesunken sind. *(Bundesrat Schachner: Und die 20 Milliarden, die der österreichische Staat den Bauern Jahr für Jahr zuschießt, was ist mit denen?)* Herr Kollege! Darauf kommen wir noch. Ich danke Ihnen für dieses Stichwort.

Ich glaube, daß allein diese Tatsache ein sehr beklemmendes und sehr enttäuschendes Zeugnis für die Agrar- und Regierungspolitik der letzten 15 Jahre ist, zumal man ja nach den Worten Kreiskys — wir erinnern uns daran — einen breiten Gürtel des Wohlstandes auch über das flache Land ziehen wollte. So hieß es zumindest damals. Das sind nun die nackten, dünnen Fakten, die ich mir erlaubt habe, Ihnen aus dem Grünen Bericht vorzutragen.

Das alles, meine Damen und Herren, obwohl in einer offiziellen Statistik des Österreichischen Statistischen Zentralamtes erst dieser Tage — gestern habe ich sie in den Händen gehabt — den Bauern die höchste Arbeitsleistung in Österreich hochamtlich bescheinigt wird. Von allen Österreichern erbringen die Land- und Forstwirte mit 64,5 Wochenarbeitsstunden die höchste Stundenarbeitsleistung. So kann man das dort nachlesen.

Als nächste scheinen in der Reihe die Gastwirte und die Fremdenverkehrsbetriebe mit 63,5 Wochenarbeitsstunden auf, dann anschließend die Gewerbetreibenden und so fort. Der Kommentar, der gestern auf der ersten Seite des „Kurier“ dazu zu lesen war, war kurz und knapp. Sie gestatten, daß ich ihn zitiere:

„Wie immer man es auslegen mag, eines kann man nicht leugnen: Wer den Boden und den Wald betreut — der Landmann und der Forstmann —, arbeitet am längsten und am schwersten und wird am wenigsten dafür bedankt.“ — Ende des Zitats. *(Bundesrat Schachner: Wem gehört denn der*

„Kurier“?) Ganz sicher nicht der ÖVP. So viel wissen Sie.

Meine Damen und Herren, um nun zu den Fragen der Milchwirtschaft wieder zurückzukehren: Vor diesem eher düsteren Hintergrund ist auch der Aufmarsch dieser mehr als 5 000 Milchbauern am 12. März in Wien zu sehen, die in großer und beispielhafter Disziplin über den Ring zum Ballhausplatz gezogen sind. Das war — bitte lassen Sie mich das auch sagen — kein Bosheits- oder Mutwillensakt gegen den Minister oder die Regierung, sondern es war wirklich der verzweifelte Ausdruck der Existenzangst, der Sorge, der Verbitterung dieser vielen tausend Milchbauern, daß so viele an diesem eiskalten Märztag in aller Herrgottsfrüh nach Wien gezogen sind. *(Bundesrat Mohnl: Ein politischer Akt, sonst gar nichts!)*

Meine Damen und Herren Kollegen! Das Demonstrieren und das Aufmarschieren ist nie ... *(Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani** *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte keine Zwischenbankgespräche! Am Wort ist Herr Bundesrat Haas.

Bundesrat **Haas** *(fortsetzend)*: Das ist nie sehr unsere Art, nie sehr die Art der Bauern gewesen. *(Bundesrat Achs: Es hat einmal eine Zeit gegeben, da hat der Bauernbund gesagt, ein Bauer geht nicht demonstrieren!)* Aber angesichts der Zuspitzung der Einkommenssituation für so viele Tausende von Bauern und vor allem auch angesichts — lassen Sie mich das auch sagen — der Nichterfüllung der vom Landwirtschaftsminister zugesagten spürbaren — wörtlich: spürbaren — Absenkung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages wäre es sicherlich gar kein Problem gewesen, statt mit 5 000 mit 25 000 oder auch mit 50 000 Bauern in Wien zur Stelle zu sein. *(Bundesrat Schachner: So viele gibt es gar nicht mehr!)* Wir haben das nicht getan, meine Damen und Herren.

Wenn Sie ehrlich sind, dann müssen Sie uns auch zugestehen, daß die Forderungen, die von der bäuerlichen Vertretung erhoben worden sind, maßvoll gewesen sind. Wir wissen sowieso Bescheid um die trübselige Situation der Staatsfinanzen. Da ist nichts Unvernünftiges, da ist nichts Unmögliches gefordert worden.

Um es ganz kurz anzubringen: Zunächst war von einer einmaligen Nothilfe von 250 Millionen Schilling die Rede, um diesen

Haas

allgemeinen Absatzförderungsbeitrag wieder auf den Stand von 21 Groschen absenken zu können. Dann war von der Aufstockung der Bundesmittel für die Inlandsverbilligungsaktionen die Rede, um den Inlandsabsatz ein wenig anzukurbeln, weil es uns ja viel lieber ist, daß der inländische, daß der österreichische Konsument von den hohen Stützungsmitteln etwas hat und nicht der ausländische. Da gab und gibt es nach wie vor die Forderung nach schärferen lebensmittelrechtlichen Kontrollen beim Import von Molkereiprodukten, weil wir einfach nicht einsehen können, daß viele Produkte, die wir auf Grund der strengen lebensmittelrechtlichen Bestimmungen hierzulande nicht selbst herstellen dürfen, aus dem Ausland gegen alle Bedenken des Gesundheits- und des Konsumentenschutzes eingeführt und verkauft werden, und das leider in sehr steigendem Ausmaß. (*Bundesrat Mohrl: Wer importiert das? Der österreichische Staat, die Unternehmer oder die Bauern?*) Wir sicher nicht, Herr Kollege.

Wir laufen seit Jahren dagegen Sturm. Wir verlangen seit Jahren, daß schärfere Kontrollen durchgeführt werden, weil es nicht zu verstehen ist, daß man uns diese Produktionen auf Grund des Lebensmittelrechtes verbietet (*Bundesrat Mohrl: Wer importiert das?*) und diese Ware dann über die Grenze kommt, ohne daß kontrolliert wird und ohne daß die Konsumentenorganisationen — Gewerkschaft, Arbeiterkammer — dagegen protestieren würden. Dagegen verwahren wir uns in aller Deutlichkeit. (*Bundesrat Mohrl: Wer ist der Importeur, wer macht das?*) Mein Gott, fragen Sie nach. Wir nicht, wir ganz sicher nicht, das sage ich Ihnen! Lassen Sie sich informieren. Unser nächster Redner ist der Obmann eines Verbandes. Der wird Ihnen ganz konkret sagen, was importiert wird und was nicht. Diese Ware ganz sicher nicht. Das, was importiert wird... (*Bundesrat Dkfm. Hintschig: Sie wissen es anscheinend nicht oder wollen es nicht wissen! Durch diese Importe finanzieren Sie die Parteiorganisationen!*) Ich habe Sie jetzt nicht verstanden, daher kann ich auch nicht darauf antworten. (*Weitere Zwischenrufe. — Bundesrat Dr. Pisek: Sie sind froh, wenn der Konsum ein Kontingent kriegt!*)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani** (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte keine Zwischenbankreden, Herr Bundesrat Pisek. Am Wort ist Herr Bundesrat Haas.

Bundesrat **Haas** (*fortsetzend*): Natürlich, meine Damen und Herren, gibt es immer wieder die von uns permanent erhobene Forde-

rung nach Verwirklichung der großen Produktionsalternativen im Bereich des Biosprits, des Ölsaaten-, des Eiweißfutteranbaues, die langfristig sowohl agrarpolitisch, aber auch rein fiskalisch für den Staat — denken wir nur an die enormen Getreideexportstützungen — eine Entlastung bringen könnten. Im übrigen haben diese Produktionsalternativen — meine Damen und Herren, Sie müssen es ja wissen — auch Eingang in das Regierungsprogramm 1983 gefunden, harren allerdings der Realisierung.

Konkret und kurzfristig geht es aber vorrangig um diese Nothilfe von 250 Millionen — vielleicht sind es auch 300 oder einige Millionen mehr —, die wir brauchen, um unmittelbar Abhilfe, um unmittelbar Erleichterung zu schaffen.

Wie wir gehört haben, werden heute nachmittag wichtige Verhandlungen zwischen der Regierung und der bäuerlichen Vertretung geführt werden. Wir halten die Daumen, wir appellieren an die Vertreter der Regierung, vor allem an den Landwirtschaftsminister, nicht nur Einsicht und Verständnis aufzubringen, und wir ersuchen gerade den Landwirtschaftsminister, die Anliegen der Bauern in diesen Verhandlungen wirklich massiv zu unterstützen und zu vertreten.

Das erwarten wir vom Landwirtschaftsminister dieser Republik als oberstem Repräsentanten der Landwirtschaft. Weniger erwarten wir hingegen, daß er versucht, sich für den Finanzminister Verdienste im Sparen und im Kürzen der Agrarausgaben zu erwerben. (*Bundesrat Achs: Verlangen Sie nicht immer, der Staat soll sparen?*) Das besorgt der Herr Finanzminister schon von selbst.

Meine Damen und Herren! Wir waren in hohem Maße enttäuscht, als wir vor einigen Tagen die Ankündigung des Finanzministers Dr. Vranitzky im Fernsehen hören und in den Zeitungen lesen mußten, daß insbesondere bei den landwirtschaftlichen Förderungsausgaben der Rotstift angesetzt werden müßte.

Und weil Sie, Herr Kollege, von 20 oder wie vielen Milliarden vorhin gesprochen haben, lassen Sie mich Ihnen eine ganz kurze, kompakte Darstellung dazu geben.

Der Budgetrahmen des Bundesbudgets hat sich von 1970 bis 1985 um 356 Prozent erhöht. Das land- und forstwirtschaftliche Förderungsbudget hat sich seither um 159 Prozent erhöht. (*Bundesrat Berger: Da müssen Sie aber die Bauernpensionen dazurechnen, bitte!*)

Haas

— *Bundesrat Molterer: Was hat das mit dem Förderungsbudget zu tun?*

Ich spreche vom landwirtschaftlichen Förderungsbudget. Das, was Sie sagen, steht auf einem anderen Blatt geschrieben. Wir rechnen ja auch nicht allen anderen die Pensionszuschüsse vor. Wir sprechen von der landwirtschaftlichen Förderung.

Um zur Milchwirtschaft zurückzukehren: Der Beitrag des Bundes zur Absatzförderung hat sich in derselben Zeit um bescheidene 63 Prozent erhöht, der Beitrag, den die österreichische Bauernschaft dafür zu leisten hat, hat sich in dieser Zeit um 568 Prozent erhöht.

Wenn ich Ihnen noch eine Zahl geben darf, dann diese: Im Jahr 1970 war der Anteil des Agrarbudgets am Gesamtbudget, ich glaube, bei 0,92, nahezu bei 1 Prozent gelegen, während heute der Anteil für die Landwirtschaft am Gesamtbudget bei einem halben Prozent liegt. Das nur zu diesen Ihren eingeworfenen Feststellungen, wie sehr die Landwirtschaft mit Subventionen geradezu gefüttert wird.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Abschluß kommen und möchte sagen: Wir hoffen wirklich sehr, daß es heute nachmittag zu einer einvernehmlichen, zu einer vernünftigen und tragbaren Lösung kommen wird.

Wir hoffen, daß man auch auf der Regierungsseite erkennt, daß auch die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in der Milchwirtschaft — lassen Sie mich das sagen: die österreichische Milchwirtschaft sichert nahezu 250 000 Arbeitsplätze — ihren Wert und ihren Rang haben, nämlich den gleichen Rang wie jeder andere Arbeitsplatz in Österreich.

Die österreichischen Bauern würden es nicht verstehen, wenn der Staat für die Sicherung und Erhaltung dieser 250 000 Arbeitsplätze in der österreichischen Milchwirtschaft nicht bereit und in der Lage wäre, bescheidene — ich betone: bescheidene — 250 oder 300 Millionen Schilling aufzubringen, das heißt also 1 000 S oder, wenn Sie es wollen, 1 200 S je Arbeitsplatz, und zwar derselbe Staat, dieselbe Regierung, die vor nicht langer Zeit in diesem Hause einen 16-Milliarden-Zuschuß für die verstaatlichte Industrie beschlossen hat und die, so hören wir, auch im heurigen Jahr ein Sanierungsprogramm in Milliardenhöhe für einige Industriegroßbetriebe vorbereitet hat, etwa für den CA-Betrieb Maschinenfabrik Andritz 2,8 Milliarden Schilling. Ich glaube, das werden Sie mir

bestätigen können. (*Bundesrat Schachner: Herr Kollege, nur zur Aufklärung: Die Maschinenfabrik Andritz ist nicht verstaatlicht und wird es auch nicht werden!*)

Eben. Ich habe ja betont, ich hebe es sogar hervor, daß das ein nichtverstaatlichter, daß das ein CA-Betrieb ist — das war ein Eigentümer! — und dennoch vom Staat 2,8 Milliarden Schilling mobilisiert werden. Angeblich reichen diese 2,8 Milliarden Schilling gar nicht aus. Das würde also, wenn man diese Rechnung anstellt, bei den 1 400 Arbeitsplätzen — Sie als Steirer wissen das —, die es dort gibt, 2 Millionen Schilling für die Sicherung eines Arbeitsplatzes in der Maschinenfabrik Andritz bedeuten. Und wie wir wissen, werden diese 2,8 Milliarden Schilling, so haben wir es lesen können, nicht langen, sondern es werden 4,3 oder sogar mehr Milliarden Schilling sein.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich möchte sagen, daß wir von unserer Seite immer großes Verständnis gehabt haben, wenn es darum gegangen ist, Arbeitsplätze in der Verstaatlichten oder in anderen Großbetrieben zu sichern.

Ich habe erst vor wenigen Tagen einen Brief zusammen mit dem Bürgermeister meiner Heimatgemeinde an den Bundeskanzler und an den Finanzminister geschrieben, in dem wir als Stadtrandgemeinde von Graz, in der über 100 000 Arbeiter dieser MFA leben und um ihren Arbeitsplatz zittern, bitten, dieser MFA unter die Arme zu greifen.

Wir haben erst vor kurzem in meiner Gemeinde erleben müssen, daß viele Arbeiter ihren Arbeitsplatz beim Untergang der Papierfabrik Arland verloren haben. Wir wissen schon, was das für die Betroffenen bedeutet. Wir haben deshalb auch immer großes Verständnis bekundet für die erforderlichen Hilfeleistungen, die vom Staat erwartet werden. (*Bundesrat Schachner: Aber den Mitteln für die verstaatlichte Industrie haben Sie nicht Ihre Zustimmung gegeben! Das ist Ihr Niveau!*) Wir bitten nur, meine Damen und Herren, Herr Kollege, erwarten aber auch, daß für uns und unsere Sorgen das gleiche Verständnis der Verantwortlichen in Regierung und Staat vorhanden ist.

Wir würden es nicht verstehen, und ich glaube, die gesamte österreichische Öffentlichkeit würde es nicht verstehen, wenn angesichts der kurz bevorstehenden Milliardenhilfe für diese Großbetriebe die österreichische Milchwirtschaft und die Viertelmillion

18646

Bundesrat — 459. Sitzung — 28. März 1985

Haas

Menschen, die von ihr leben ... (*Bundesrat Steidle: Wen rechnen Sie denn dazu zu der Viertelmillion?*)

Das ist ganz leicht, wir haben davon schon gesprochen. Es gibt 120 000 bäuerliche Betriebe, die in der Milchwirtschaft tätig sind. Das ist ja nicht der Bauer allein, da gibt es die Bäuerin, da gibt es noch Familienmitglieder. Wahrscheinlich ist die Zahl höher. Dann rechnen Sie auch noch die 12 000 Menschen dazu, die in den österreichischen Molkereibetrieben tätig sind. Wenn Sie auch noch die Gattin und die Familienangehörigen dazurechnen, liegen Sie schon beachtlich höher als bei 250 000 Menschen. Ich bleibe dabei, daß wir es nicht verstehen würden und die ganze Öffentlichkeit es nicht verstehen würde, wenn für diese Viertelmillion Menschen bescheidene 200 bis 300 Millionen Schilling nicht vorhanden wären. (*Bundesrat Mohrl: Bescheidene!*)

Es würde der fatale Eindruck aufkommen, daß es zweierlei Maß und zweierlei Recht in diesem Staat gibt. Das wäre, ich glaube, da sind wir uns einig, nicht gut für die Demokratie und für das Zusammenleben der Menschen in diesem Land.

Meine Damen und Herren! Der Aufmarsch der Milchbauern am 12. März hat in den Medien ein vielfaches und breites Echo ausgelöst. Gestatten Sie mir, daß ich von den vielen Stimmen noch eine wiedergebe. Es ist wiederum der „Kurier“ vom 14. März, wo der Leitartikel mit „Der Boden ernährt zwar das Volk, nicht aber seine Bauern“ übertitelt war. Ich zitiere:

„Die Stahlindustrie, die laut Wirtschaftsforschung keine Zukunft hat, wird hierzulande mit Milliardenspritzen künstlich lebendig gehalten. Für die Bauern, die uns und unsere Umwelt buchstäblich am Leben erhalten, will der Staat nicht einmal 250 Millionen locker machen. Im besten Fall ist das ein krasser Mangel an politischem Augenmaß.“

Ich habe eigentlich dem nichts hinzuzufügen.

Der gegenständlichen Vorlage werden wir selbstverständlich gerne unsere Zustimmung geben.

Schließen möchte ich mit dem Text eines Spruchbandes, das unsere Milchbauern am 12. März vor sich hergetragen haben. Dieser Text lautete: „Wir Bauern wollen nicht Zank und Streit, wir wollen nur Gerechtigkeit.“ — Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{10.49}

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Leitner. Ich erteile dieses.

^{10.49}

Bundesrat **Leitner** (SPÖ, Kärnten): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Hoher Bundesrat! Bevor ich zum Mindestpreisabkommen spreche, will ich ein paar Worte den Aussagen meines Vorredners hinzufügen.

Herr Bundesrat Haas hat gemeint, daß die Situation auf dem Milchmarkt kein guter Witz sei. Ich möchte meinen Vorredner doch daran erinnern, daß vor einem knappen Dreivierteljahr, als die Marktordnungsverhandlungen im Parlament beschlossen worden sind, Sie alle für diese Rahmenbedingungen gestimmt haben. (*Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Molterer: Da brauchen Sie nicht zu applaudieren!*) Sie haben damals sogar darum geeifert, daß Sie die alleinigen Vorreiter dieser Marktordnungsgesetznovelle waren.

Wenn Sie sagen, daß die Bauern jetzt auf die Straße gegangen sind, um für eine andere Milchmarktordnung zu kämpfen, so kommt das ein Dreivierteljahr zu spät. Denn die hätten Sie damals auf die Straße bringen sollen, als Sie in die Marktordnungsverhandlungen jene Milchbeichte eingebracht haben, die wortwörtlich aus der Wirtschafts- und Ernährungsordnung der Österreichischen Volkspartei in die Marktordnung übernommen worden sind. Also ich sage es Ihnen: ein Dreivierteljahr zu spät. (*Bundesrat Molterer: Eine schwache Argumentation!*)

Zu dem, was Herr Bundesrat Haas im Zusammenhang mit den Einkommen der Bauern erwähnt hat, möchte ich sagen, daß das Einkommen der Bauern in krassem Gegensatz zu den Bilanzen der Genossenschaften steht. Und das, glaube ich, ist kein guter Witz. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun zum GATT-Mindestpreisabkommen. Im Bundesgesetzblatt vom 24. Juli 1980 wurde die Internationale Übereinkunft über Milcherzeugnisse einschließlich der verfassungsändernden Bestimmungen rechtsgültig verlautbart. Das Abkommen, das Teil der Verhandlungsergebnisse im Rahmen der Tokio-Runde ist, stellt Grundlinien einer gemeinsamen Disziplin für die GATT-Vertragsparteien dar, sofern sie am Weltmarkt von Milchprodukten beteiligt sind.

Ein steigendes Angebot an Milchprodukten bereits in den siebziger Jahren ließ es während der Tokio-Verhandlungsrunde sinnvoll erscheinen, einen gemeinsamen Verhaltens

Leitner

kodex für die Vermarktung dieser Überschüsse auf dem Weltmarkt vorzusehen.

Ein Element der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse stellt die Regelung der Mindestpreise dar. Diese Mindestpreise sollten als unteres Preisnetz dienen, das von den Anbietern von Milchprodukten auf dem Weltmarkt auch zu beachten gewesen wäre.

Im Lichte dieser Überlegungen erweist sich die innerösterreichisch 1978 wirksam gewordene Richtmengenregelung für Milch als eine weitsichtige und im Prinzip noch als richtig anzusehende Maßnahme des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft. Wenn heute Schwierigkeiten und Kritik auftauchen, dann deswegen, weil es in den vergangenen Jahren insbesondere den Vertretern der genossenschaftlichen Milchindustrie, die auch in den gesetzgebenden Körperschaften vertreten sind, gelungen ist, das Prinzip der Milchrichtmengenregelung zu verwässern. Während dem allgemeinen Absatzförderungsbeitrag die Bedeutung einer Sockelfinanzierung zugewiesen wurde, hätte der zusätzliche Absatzförderungsbeitrag zusammen mit dem Beitrag des Bundes einen wesentlichen Teil der Finanzierung der Überschußverwertung übernehmen sollen.

Bemühungen der genossenschaftlichen Milchindustrie hingegen gingen insbesondere in die Richtung, die Belastung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages zu erhöhen und den zusätzlichen Förderungsbeitrag zu entlasten. Diese Überlegungen waren systemwidrig und haben dazu geführt, daß die österreichischen Milchbauern gegenwärtig mit 34 Groschen pro Kilogramm einen hohen allgemeinen Absatzförderungsbeitrag zu entrichten haben. (*Bundesrat Molterer: Das hat der Minister festgesetzt! — Bundesrat Schachner: Und worauf basierte seine Festsetzung?*) Ein wesentlicher Teil dieses hohen allgemeinen Absatzförderungsbeitrages wurde durch Übertragung von rund 300 Millionen Schilling vom zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag auf den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag herbeigeführt. Es ist zu hoffen, daß ehestmöglich eine Korrektur dieser systemwidrigen Entscheidung herbeigeführt wird. (*Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Molterer: Da sind Sie meiner Meinung! — Bundesrat Dr. Müller: 30 Generaldirektoren habt ihr herumhocken!*)

Im Zusammenhang mit einem zunehmenden Mengen- und Preisdruck auf dem Weltmarkt für Milchprodukte sanken nun die

Weltmarktpreise zum Teil unter den vom GATT vorgegebenen Mindestpreis. Eine weitere Ursache für die nachteilige Entwicklung war der Wechselkurs des amerikanischen Dollars, der die Einhaltung der auf US-Dollarbasis notierenden Mindestpreise immer schwieriger machte.

Um den Export von österreichischen Milchprodukten zu sichern, war es daher notwendig, dem GATT zunächst eine Abänderung der GATT-Mindestpreise vorzuschlagen. Als eine zeitweilige Aussetzung der Anwendung der Mindestpreise nicht die Zustimmung aller GATT-Vertragsstaaten fand, mußte Österreich den Rücktritt von der Übereinkunft vorsehen. Die österreichische Bundesregierung hat daher die erforderlichen Maßnahmen der Kündigung eingeleitet, die wir heute im Bundesrat zu behandeln haben.

Die Aufhebung der Mindestpreise soll jedoch von der Milchwirtschaft nicht zum Anlaß genommen werden, darin einen Freibrief für das Verschleudern von österreichischen Milchprodukten zu sehen. Die Milchindustrie und im besonderen die genossenschaftlichen Exportorganisationen hätten sich stärker als bisher zu bemühen, nur jene Vermarktungsmöglichkeiten zu wählen, die höchste Erlöse bringen und die geringsten Stützungserfordernisse sowohl für die Milchlieferanten, sprich die Bauern, als auch für den Bund verursachen.

Verfassungsrechtliche Grundüberlegungen ließen es nicht zu, eine Rückwirkung dieser Kündigung ins Auge zu fassen. Das Abkommen über die Internationale Übereinkunft über Milcherzeugnisse einschließlich der Mindestpreise ist daher gültig bis zu einem Zeitpunkt, der 60 Tage nach Eingang der schriftlichen Anzeige des Rücktritts beim Generalsekretär des GATT liegt.

Unsere Fraktion wird dem vorliegenden Antrag die Zustimmung erteilen. (*Beifall bei der SPÖ.*) 10.58

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Eder. Ich erteile es ihm.

10.58

Bundesrat Ing. **Eder** (ÖVP, Niederösterreich): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Gesetzesvorlage scheint ein Widerspruch zu sein, wenn man nämlich weiß, daß ein Mindestpreis zum Vorteil des Verkäufers ist; und Österreich ist ja bekanntlich auf dem Weltmarkt Verkäufer. Aber den-

Ing. Eder

noch — ich werde später noch darauf zurückkommen, die beiden Vorredner haben es zum Teil schon begründet — ist es richtig, diese Kündigung durchzuführen.

Bevor ich aber auf diese Gesetzesvorlage eingehe, darf ich doch ein paar Gedanken zu dem äußern, was Herr Bundesrat Leitner soeben gesagt hat. Das kann man nämlich nicht unwidersprochen hinnehmen.

Zum ersten meinte er zur Richtmengenregelung, schuld daran, daß es heute eine Überproduktion gibt, die eben auf dem Weltmarkt untergebracht werden muß, seien die Vertreter der Genossenschaften. Er meinte, daß das System der Richtmengenregelung dadurch beeinflußt worden wäre. Ich darf das doch ganz kurz in wenigen Sätzen klarstellen.

Als 1978 die Richtmengenregelung eingeführt wurde, war man guten Glaubens — und das unterstelle ich allen Verhandlungspartnern —, daß diese Richtmengenregelung tatsächlich zu einer Reduzierung der Milchlieferung führen wird, weil man meinte, derjenige, der — unter Anführungszeichen — „keinen Boden hat“ bei der Produktion, wäre schuld und die anderen, die „Braven“, die nicht überliefern, müßten die Zeche dafür bezahlen. Man hat daher die Richtmengenregelung auf Grund einer Präferenzzeit, die damals drei Jahre zurückreichte, beschlossen. Ergebnis war bei Inkrafttreten, daß etwa — jetzt grob — die Hälfte der Milchbauern die ihnen zugeteilte Richtmenge nicht erfüllt hat, die andere Hälfte aber zwangsläufig überliefern mußte, damit ihr Einkommen einigermaßen gesichert war.

Im Laufe der letzten sechs, sieben Jahre ist vor allen Dingen auch dadurch, daß der zusätzliche Absatzförderungsbeitrag verhältnismäßig hoch geworden ist, die Überlieferung — Sie haben es heute vom Kollegen Haas schon gehört — finanziell gesehen praktisch unmöglich geworden, denn mit 40, 50 oder 60 Groschen Erlös kann man ja bekanntlich nicht mehr Milch produzieren.

Das hat zur Folge, daß die Überlieferung zurückgegangen ist, und wenn ich eine geringe Menge, sprich die Überlieferungsmenge, auch mit einem hohen Geldbetrag multipliziere, kommt zum Schluß eine geringe Summe heraus. Daher: Diese geringe Summe, die sich aus der Überlieferung ergibt, reicht nun nicht aus, die Gesamtexporte zu finanzieren, weil sich gleichzeitig auf der anderen Seite die Unterlieferung aufgefüllt hat, also das Minus kleiner geworden ist und genau

dieselbe Menge dem Export zugeführt werden muß.

Aus dieser Situation heraus ergibt sich nun, daß wir mehr Geld für den Export brauchen. Es fließt weniger aus dem Zusätzlichen herein, daher muß zwangsläufig mehr vom Allgemeinen kommen, damit man das ausgleichen kann.

Ich meine, das muß man schon so sehen, wie es wirklich ist, das ist gar nicht polemisch, das können Sie jederzeit nachrechnen, und jedermann, der sich dabei auskennt, wird Ihnen das bestätigen.

Dann kommt noch etwas dazu. Die derzeitige Richtmenge, die wir in Österreich haben, ist ja vor einigen Jahren durch einen sogenannten harten oder starren Härtezuschlag über Gebühr — der Herr Staatssekretär wird mir das sicher bestätigen — erhöht worden. Diese Mehrmenge ist heute auch da, diese muß natürlich dem Export zugeführt werden. Also ich bitte, auch das in diesem Zusammenhang zu sehen und nicht zu meinen, die Genossenschaften hätten beeinflußt, daß das System als solches nicht mehr funktioniert. *(Staatssekretär Dr. Schmid: In Erfüllung der Forderungen der Landwirtschaft, Herr Bundesrat, sind diese Übermengen beschlossen worden!)*

Ich habe ja gemeint, nicht gemäß den Forderungen der Genossenschaftsfunktionäre, wie es der Kollege vorhin behauptet hat. Die Landwirtschaft hat damals sicherlich mitgestimmt, aber die Vertreter der Landwirtschaft als solche, nicht die Genossenschaftsvertreter. Sie haben ja die Genossenschaftsvertreter angeprangert, sie wären schuld, weil sie mehr Durchfluß in ihrer Molkerei haben wollten. Das wollte ich damit klarstellen.

Das zweite bitte: Sie haben vorhin gemeint, das Einkommen der Bauern stehe in keinem Verhältnis zum Erfolg oder zum Einkommen der Genossenschaften. Wenn ich Sie richtig verstanden habe — Sie haben es ja sehr deutlich gesagt —, meinten Sie, die Genossenschaftsbilanzen weisen enorme, gigantische Gewinne aus.

Schauen Sie doch bitte einmal nach! Sie brauchen nur zum Milchwirtschaftsfonds zu gehen, denn im Milchwirtschaftsfonds sitzen alle vier Gruppen gleichberechtigt drinnen. Wenn Sie sich die Abrechnungen der Molke-eigenossenschaften und Käse-eigenossenschaften ansehen, dann werden Sie feststellen können, daß sie 60 oder 70 Prozent Lei-

Ing. Eder

stungsverluste aufweisen, also keine Gewinne haben, sondern eher darunter liegen. So sieht die Situation aus. Man braucht nicht zu meinen, es seien gigantische Gewinne drinnen. Das muß man in diesem Zusammenhang schon sehen.

Auf eines komme ich später noch zurück, aber ich muß es jetzt schon sehr deutlich ankündigen, weil Sie gemeint haben, Exportorganisationen verschleudern auf dem Weltmarkt Molkereiprodukte. Ich komme später noch darauf zurück, ich wollte nur jetzt schon sagen, daß dem nicht so ist, wie Sie das meinen. Das Gegenteil ist der Fall!

Noch ein Wort darf ich sagen. Sie haben gleich am Beginn Ihres Referates von den Rahmenbedingungen gesprochen. Ja, wir in der Landwirtschaft brauchen Rahmenbedingungen, um existieren zu können. Wissen Sie, seit wann uns diese Rahmenbedingungen vorerhalten werden? — Seitdem Österreich Drittland ist, als das Übereinkommen mit der Europäischen Gemeinschaft beschlossen wurde, da wurde die Landwirtschaft von den damaligen Verträgen ... *(Bundesrat Schachner: Ich habe geglaubt, seit die Sozialisten und Bolschewiken die letzte Kuh aus dem Stall getrieben haben!)*

Kollege Schachner! Damals wurde die Landwirtschaft von den Verträgen ausgeklammert, und es wurde dazugesagt — Sie können das nachlesen —: Sollten Schwierigkeiten auftreten, wird man zum gegebenen Zeitpunkt entsprechende Bedingungen schaffen. Die Schwierigkeiten sind da, nur die Rahmenbedingungen sind zum einen bis zum heutigen Tage nicht geschaffen worden, und zum zweiten wäre eine Rahmenbedingung auch — wir haben das heute schon gehört —, in Österreich Alternativproduktionen zum Durchbruch zu verhelfen. Dann würde eine echte Entlastung der klassischen Agrarproduktion möglich sein.

Noch ein Wort zu den vorherigen Zwischenrufen. Ich würde Sie wirklich einladen, Herr Kollege Schachner, uns eine Rechnung zu geben, wie Sie denn zu diesen 20 Milliarden Schilling kommen, die die Landwirtschaft Ihrer Meinung nach als Subvention empfängt. Auf diese Rechnung bin ich gespannt! *(Bundesrat Schachner: Kommt! Kommt!)*

Herr Kollege Haas hat Ihnen ja sehr deutlich gesagt, wie das Agrarbudget aussieht, wie das Förderungsbudget aussieht. Wo sind denn bitte diese 20 Milliarden Schilling? Ich darf Ihnen hier ein Beispiel nennen. *(Bundes-*

rat Schachner: Die Bauernpensionen des Bundes!) Pensionen haben ja alle anderen Staatsbürger auch. Sie können ja Pensionen nicht als Förderung für die Landwirtschaft bezeichnen, jeder österreichische Staatsbürger ... *(Zwischenruf bei der SPÖ: 80 Prozent Zuschüsse! — Bundesrat Schachner: Ich werfe das der Landwirtschaft nicht vor, ich zeige es nur wertfrei auf!)* Das war eben nicht wertfrei. Wir werfen ja allen anderen Staatsbürgern oder den Pensionsversicherungsanstalten auch nicht vor ... *(Bundesrat Schachner: O ja! Der Herr Kollege Haas hat den Beschäftigten für die Verstaatlichung ihre mangelnde Zukunft vorgeworfen und daß man 16,6 Milliarden hinter einer Leiche hergeworfen hat! Hat er getan, oder?)* Nein, bitte sehr, er hat ihnen gar nichts vorgeworfen, sondern er wollte die Gleichheit der Staatsbürger herausstreichen. Wenn man für einen Arbeitsplatz in der Industrie 2 Millionen geben kann, dann müßte man auch für ähnliche Größen bei den 120 000 Bauern, sprich 250 000 Menschen, Verständnis haben. Das hat er gemeint, aber das war nicht als Vorwurf gedacht.

Wir werfen keinem Österreicher und keiner Pensionsversicherungsanstalt vor, daß sie Beiträge des Staates braucht, um die Pensionen auszahlen zu können. Ich bitte, dies daher auch uns nicht vorzuwerfen. Wir sind genauso gleichberechtigte Staatsbürger, so hoffen wir, wie alle anderen auch. *(Bundesrat Schachner: Nichts dagegen einzuwenden!)* Sehr gut.

Meine Damen und Herren! Jetzt noch ein Wort. Vor nicht allzulanger Zeit ist für die Milchbauern das Strukturhilfverfahren abgeschlossen worden, das der Milchwirtschaftsfonds auf Grund eines Gesetzesbeschlusses durchgeführt hat. Wenn es sogenannte Notsituationen gegeben hat — Herr Kollege Haas hat davon gesprochen —, ist eine Kommission zu den Bauern gegangen, die aus Vertretern der Landwirtschaft, des Gewerbes, der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft zusammengesetzt war. Ich würde Sie bitte einladen, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion: Fragen Sie die Teilnehmer Ihrer Seite — von der Arbeiterkammer, von der Gewerkschaft —, die bei diesen Besuchen dabei waren! Diese waren entsetzt über den dort angetroffenen Notstand, der bei vielen dieser Bauern vorherrscht. Ich erfinde das nicht, fragen Sie Ihre Kollegen, die dabei waren, diese werden Ihnen das wortwörtlich bestätigen! Diese waren entsetzt über den großen Notstand, der in vielen bäuerlichen Betrieben vorhanden war.

18650

Bundesrat — 459. Sitzung — 28. März 1985

Ing. Eder

Ich meine damit: Man soll daher eine Forderung, die die Landwirtschaft zu Recht aufstellt, nicht von vornherein demagogisch behandeln. Das bringt uns doch, bitte, wirklich nichts! (*Bundesrat Mohrl: Das stimmt doch nicht!*)

Ich muß jetzt noch einige Worte zu den Zwischenrufen betreffend die Agrarimporte sagen. Es ist bekannt, daß Österreich um 26 Milliarden Schilling Agrarprodukte, Lebensmittel, importiert und nur um rund 13 Milliarden Schilling exportiert. Ich meine, es müßte im Interesse aller österreichischen Staatsbürger sein, dieses enorme Defizit zu verringern. Das könnte uns allen nur recht sein. Wir würden uns sehr viele Devisen ersparen. Das würde die Handelsbilanz wesentlich günstiger aussehen lassen.

Leider ist nichts geschehen. Wir wissen schon, es gibt viele Produkte, die zwangsläufig importiert werden müssen, weil sie einfach in Österreich nicht herstellbar sind, weil sie hier nicht gedeihen, nicht wachsen. Aber es geht uns auch darum, daß jene Produkte, die wir sehr wohl in Österreich haben, vielleicht oft sogar in besserer Qualität, nicht hereinkommen. (*Zwischenruf des Bundesrates Mohrl.*) Ja, ich komme gleich darauf zurück.

Jetzt ist entscheidend, gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen, damit man diese Importe entsprechend verhindern oder zumindest kontrollieren kann. (*Bundesrat Mohrl: Es gibt immer die Forderung nach weniger Staat! Jetzt könntet ihr es selber regeln, und ihr tut es nicht!*) Das hat jetzt mit Staat nichts zu tun, lieber Freund! Das hat damit nichts zu tun. (*Bundesrat Mohrl: ... versteht Ihr keine Moral!*)

Eine Genossenschaft muß genauso Bilanz legen wie jeder Gewerbebetrieb, wie jeder Staatsbetrieb. Es geht prinzipiell darum, daß die Importe, die nicht notwendig sind, eingeschränkt werden, eingeengt werden (*Bundesrat Mohrl: Von wem soll das eingeschränkt werden?*), daß es schwieriger gemacht wird, sie hereinzubringen, daß es für den Importeur uninteressant wird, diese Importe durchzuführen. Das ist die Grundvoraussetzung, das ist die Rahmenbedingung, von der vorhin gesprochen wurde. (*Bundesrat Mohrl: Also doch der Staat!*) Und wenn diese Rahmenbedingung gegeben ist, dann gilt sie für alle; auch für die Genossenschaft.

Meine Damen und Herren! Ich darf noch mit wenigen Worten zur GATT-Kündigung

kommen. Es ist schon vieles gesagt worden, aber ich möchte doch ein paar Grundüberlegungen dazu einbringen.

Es ist zurzeit in Österreich so, daß bis zu 22 Prozent der in Österreich erzeugten Milch dem Export zugeführt werden müssen. Ein gewisser Überschuß ist notwendig, um die Vollversorgung im Inland jederzeit aufrecht erhalten zu können, weil ja die Anlieferung nicht linear verläuft, sondern mit verschiedenen Schwankungen ausgestattet ist und die Spitzenanlieferung oft nicht mit dem Spitzenverbrauch im Inland zusammenfällt. Es gibt Spitzenanlieferungen im Mai, Juni, der Spitzenverbrauch ist zum Beispiel zu Weihnachten. Das ist divergierend. Daher ist ein Plus notwendig, um eine ordnungsgemäße Versorgung durchführen zu können.

Der Überschuß, der exportiert wird, verlangt spezialisierte Milchexporteure, die auf dem Weltmarkt mit den verhältnismäßig geringen Mengen — weltmarktmäßig gesehen, bitte! — umgehen können. Der österreichische Anteil am Weltmarkt beträgt im Schnitt 2 Prozent; bei manchen Produkten ist er höher, bei manchen Produkten ist er niedriger. Es ist also notwendig, mit Fachleuten, mit erfahrenen Leuten, die die Marktnischen und die Gegebenheiten des Weltmarktes bestens kennen, diesen Export durchzuführen. Ein Export sozusagen nebenher beziehungsweise nebenbei ist bei dieser komplizierten Materie nicht möglich.

Zum zweiten — das darf ich in diesem Zusammenhang auch sagen —: Die Exportorganisationen werden vom österreichischen Staat, sprich vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, kontrolliert — das ist auch richtig so —, und zwar, bitte, dreimal; zum erstenmal bei der Antragstellung für das Stützungsgeld, das notwendig ist, dann erfolgt eine begleitende Kontrolle, und zum drittenmal, wenn die Abrechnung der durchgeführten Exporte vorgenommen wird. Das heißt also, daß hier selbstverständlich eine korrekte Verrechnung erfolgt.

Die Mengen, die wir exportieren, sind 1984 gegenüber 1983 angewachsen, weil die Anlieferung in Österreich geringfügig gestiegen ist, aber leider — ich komme später noch darauf zurück — der Inlandsabsatz eben nicht steigend war. Es läßt sich dies mit wenigen Zahlen ausdrücken: Es waren 30 000 Tonnen Hartkäse, 10 800 Tonnen sonstiger Käse, 21 500 Tonnen Vollmilchpulver, 24 000 Tonnen Magermilchpulver und etwa 4 000 Tonnen Butter.

Ing. Eder

Ein Vergleich, meine Damen und Herren, wird für Sie vielleicht ganz interessant sein: Im Jahre 1978 waren 1,3 Milliarden Schilling an Stützungskosten notwendig, 1984 hat sich dieses Stützungserfordernis fast verdoppelt auf etwa 2,8 Milliarden Schilling. Nun ergibt sich die Frage: Wieso? Die Mengenausweitung von 1978 bis 1984 hätte nur ein Mehrerfordernis von 520 Millionen Schilling gebraucht. Allerdings haben die Preisänderungen in diesen sechs, sieben Jahren im Inland sowie auch die Preisänderungen auf dem Weltmarkt ein Mehr von rund 1,5 Milliarden Schilling erfordert.

Ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen: Nicht das Mehr an Produktion hat die Stützungsgrößen so hinaufgeschraubt, sondern die Preissituationsänderung sowohl im Inland als auch auf dem Weltmarkt. Ich glaube, es ist in diesem Zusammenhang sicherlich notwendig und richtig, das auch zu sagen.

Jetzt zur Frage, die vorhin angeschnitten wurde: Sind die Erlöse, die Österreich auf dem Weltmarkt erzielt, optimal, oder wird dort nicht gewissenhaft — ich darf das übertrieben sagen — gearbeitet?

Wir wissen, es gibt zurzeit zwei genossenschaftliche Exportorganisationen, die ÖHEC, die hauptsächlich Hartkäse exportiert, und die ÖMEX, die auch gewerbliche Betriebe inkludiert und Milchpulver, Butter und andere Käsesorten exportiert. Die Koordination ist hier, glaube ich, immer bestens gewesen, man hat immer gegenseitig ausgleichen können.

Wie sieht also der Erlös auf dem Weltmarkt aus? Das ist jetzt eine entscheidende Frage! Österreich hat im Jahre 1984 bei Butter um 4,87 S mehr Erlöst auf dem Weltmarkt, als der Weltmarktpreis war, bei Schnittkäse um 11,15 S mehr, als der Weltmarktpreis war, bei Vollmilchpulver um 2 S mehr und bei Magermilchpulver ebenfalls um rund 2 S mehr. Wenn Sie das summieren, ergibt das eine Größenordnung von 250 Millionen Schilling, die wir mehr Erlöst haben, als der Weltmarktpreis war. Oder anders ausgedrückt: Um diese 250 Millionen Schilling haben wir jährlich weniger Stützungen gebraucht.

Jetzt werden Sie sich fragen: Wie war denn das möglich? Das ist jederzeit beweisbar: weil wir Verkäufer, Exporteure, auf dem Weltmarkt haben, die die Marktnischen, um dieses Wort zu gebrauchen, ausnützen können, die große Erfahrung haben. Wir gehen nicht

auf jene Märkte, wo die großen Exporteure sind, dazu sind wir viel zu klein.

Ich sage Ihnen ein Beispiel: Wenn Sie heute fragen würden, wohin Österreich österreichische Butter exportiert, dann würden Sie als Antwort hören: In Länder, die uns gar nicht so geläufig sind — sie sind uns bekannt, aber nicht direkt geläufig —, also in die Freihandelszone Görz, nach Hoch-Savoyen, in den Vatikan, für die Schiffsausstattung. Dorthin liefern wir unsere Waren. Dort ist man für die Qualität unserer Ware dankbar und auch bereit, dafür mehr zu bezahlen, als der Weltmarktpreis wäre.

Ich meine damit, Herr Kollege Leitner: Es ist nicht verschleudert worden, ganz im Gegenteil, es ist mehr Erlöst worden, als dies üblicherweise auf dem Weltmarkt der Fall war!

Meine Damen und Herren! Jetzt ergibt sich die Frage: Warum kann Österreich trotz bestmöglicher Exporterlöse beim Mindestpreisabkommen nicht mehr mithalten?

Vielleicht muß man in diesem Zusammenhang die Feststellung treffen, daß dieses 1980 geschlossene Mindestpreisabkommen ja nicht nur von Exportländern unterzeichnet wurde, sondern daß auch Importländer dieses GATT-Übereinkommen unterzeichnet haben. Als Käufer, als Importeur bin ich natürlich an einem niedrigen Preis interessiert. Daher hat dieses Übereinkommen, das damals geschlossen wurde, von vornherein zur Folge gehabt, daß die Preise so tief angesetzt wurden, daß sie von vielen eigentlich nicht mehr gehalten werden konnten.

In der Zwischenzeit ist dazugekommen — das ist heute schon gesagt worden — der gigantische Anstieg des Dollarkurses, und damit Österreich exportieren könnte, müßte man diesen Mindestpreis unterschreiten. Es war daher richtig, dieses Preisübereinkommen zu kündigen. Wir von der ÖVP werden dem selbstverständlich die Zustimmung geben.

Ein paar Worte darf ich abschließend noch dazu sagen, weil das im Zusammenhang mit dem Export steht: Wenn wir mehr im Inland verkaufen könnten, würden wir weniger zu exportieren brauchen. Das ist grundsätzlich völlig richtig. Ich möchte aber trotzdem einige wenige Zahlen nennen, die zum Ausdruck bringen, daß die Verkaufsbemühungen im Inland doch sehr erfolgreich waren.

Ing. Eder

Ich nehme das Jahr 1960 als Grundlage: Es hat sich seither der Absatz bei Schlagobers von 100 auf 287 erhöht, bei Kaffee und Rahm von 100 auf 235, bei Butter von 100 auf 240 und bei Käse auf etwa 140. Sie ersehen daraus, daß die Bemühungen, mehr im Inland zu verkaufen, wohl erfolgreich waren, aber alles hat bekanntlich eine Grenze.

Herr Staatssekretär! Ich darf nun an dich ein paar Überlegungen richten, wobei ich dich bitte — ich sage das jetzt ganz sachbezogen —, diese doch noch einmal zu überdenken.

Zur Verstärkung und Verbesserung des Inlandsabsatzes werden Aktionen durchgeführt; diese werden von uns grundsätzlich begrüßt. Wir haben jährlich zweimal 4 000 Tonnen Butter als Aktion verkauft. Wir haben nachher festgestellt, daß etwa die Hälfte dieser Menge ein zusätzlicher Absatz war. Das war völlig korrekt, völlig in Ordnung.

Heuer soll erstmals — das läuft ja bereits — eine Industrie-Butteraktion durchgeführt werden. Diese hat zum Ziel, daß Konditoreien und ähnliche Großabnehmer beachtlich verbilligte Butter bekommen sollen.

Im Prinzip sagen wir ja dazu, wir sind auch damit einverstanden, nur würde ich sehr darum bitten, zu kontrollieren, daß diese Ware wirklich für diesen Zweck verwendet wird, für den sie bestimmt ist. Denn es wäre uns nicht gedient, wenn beachtlich gestützt wird, aber die Ware anderen Verwendungszwecken zugeführt wird. Das, glaube ich, kann nicht im Sinne der Verbilligungsaktion sein.

Eine weitere Aktion, die zurzeit im Anlaufen ist, sei erwähnt. Die Meinung, daß man Flüssigmagermilch am billigsten über den Schweinemagen verwerten kann, ist im Prinzip richtig, nur über eines, glaube ich, muß man sich auch im klaren sein: Der Schweinemäster wird die Ware nur dann kaufen, wenn sie nährwertmäßig vergleichbar ist mit Soja oder anderen Eiweißträgern; das kann man ja genau ausrechnen. Wenn Magermilch flüssig mehr als 45 Groschen kostet, ist die Rentabilität der Verfütterung nicht mehr gegeben.

Ich meine also daher auch — ich würde dich ersuchen, Herr Staatssekretär, daß du hier deinen Einfluß geltend machst —: Wenn diese Aktion kommt, dann muß die Stützung eben auf diese Größe kommen, sonst wird sie keinen Erfolg bringen. Ganz im Gegenteil: Wir werden größte Schwierigkeiten in der

Trocknungsindustrie und dergleichen mehr haben.

Ein besonderes Anliegen, das gestern aktuell geworden ist: Wir importierten seit Jahren Kälber nach Österreich, da die österreichische Kälberproduktion zu gering war. Man hat vor Jahren eine Aktion ins Leben gerufen und hat diese bis Ende des Jahres 1984 durchgeführt, nämlich daß wir einen Vollmilchaustauscher herstellen. Dieser hat als Grundstoff Magermilchpulver und Fettzusätze. Erst dieser Vollmilchaustauscher hat es ermöglicht, daß man schwerere Kälber in Österreich mästen und dadurch den Import von Kälbern reduzieren kann.

Diese Mastmethode kann aber von einem Mäster nur dann angewendet werden, wenn dieser Austauscher preislich in Ordnung ist. Das war bisher dadurch der Fall, daß Magermilchpulver, das für den Austauscher verwendet wurde, mit 4 S je Kilogramm aus § 9-Mitteln gestützt wurde.

Gestern hörte ich, daß das in Zukunft nicht mehr der Fall sein solle. Was hätte das zur Folge? — Der Austauscher müßte preislich so teuer werden, daß er von den Kälbermästern nicht mehr rationell eingesetzt werden könnte. Die Kälbermast würde also aufgegeben werden. Folge: Wir werden wieder zu wenig Kalbfleisch haben, wir müssen wieder importieren. Und was noch dazukommt: Die Menge Pulver, die jetzt im Austauscher drinnen ist, müßte zusätzlich exportiert werden. Und dieser zusätzliche Export kostet ein Mehrfaches der Stützung, die derzeit für den Kälberaustauscher gewährt wird.

Ich darf dich daher einladen, Herr Staatssekretär, diese Problematik noch einmal zu überdenken. Ich habe folgendes Gefühl: Gerade bei dieser Austauscher-Problematik hat man den Gedanken nicht konkret und gewissenhaftest bis zum Ende durchdacht. Da kommt man nämlich später darauf, daß man sich damit nur schaden und nicht helfen würde. Ich bitte dich also darum, Herr Staatssekretär, in dieser Richtung doch noch eine Lösung zu finden.

Ich habe schon vorhin vom Export gesprochen. Wir werden uns im Molkerei-beziehungsweise im Milchwirtschaftsbereich aber bemühen müssen, die Milchproduktion zu reduzieren, und zwar in der Form, daß Richtmengen aufgekauft und zum Teil stillgelegt werden. Es würde aber zu keinem Erfolg führen, wenn ein Loch, das wir in Österreich sozusagen aufmachen, durch zusätzliche

Ing. Eder

Importe aufgefüllt würde. Daß dies der Fall ist, ist Ihnen ja sicherlich bekannt, denn gerade in letzter Zeit haben einige große österreichische Handelsketten beachtliche Mengen an Frischkäse vom Ausland hereingenommen. Also ein Reduzieren der Inlandsproduktion durch Importe auszufüllen, ist doch sinnlos.

Ich würde dich daher wirklich bitten, Herr Staatssekretär, deinen Einfluß geltend zu machen, damit es zu einem besseren Importschutz kommt. Dann kann man sicherlich zu einer Lösung des Problems im Molkereibereich kommen.

Damit darf ich schon zum Schluß kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir von der ÖVP geben dieser Gesetzesvorlage unsere Zustimmung. Im anderen Fall würde ich aber wirklich bitten, daß entsprechende Maßnahmen, daß Beratungen durchgeführt werden, damit auch im Inland diese Problematik gelöst werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)* 11.28

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck: Zum Wort hat sich Herr Staatssekretär Dr. Schmidt gemeldet. Ich erteile es ihm.

11.28

Staatssekretär im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Schmidt: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz, obwohl wesentliche agrarpolitische Fragen, die nicht im Ressortbereich des Handelsministeriums zu behandeln sind, diskutiert worden sind, auf einige Punkte eingehen, von denen ich meine, daß sie sehr wohl auch im Bereich des Handelsministeriums von großer Bedeutung sind, und zwar besonders was die produktionspolitische Seite betrifft. Da ich persönlich angesprochen wurde, möchte ich darauf sehr kurz antworten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt zwei Strategien, die Überschußverwertung in etwa zu beherrschen, Überschüsse halbwegs in den Griff zu bekommen. Die eine ist, daß man Subventionen zur Verfügung stellt, um Überschüsse mengenmäßig möglichst vermarkten zu können. Die zweite Strategie ist, alles zu tun, um mit einer möglichst hohen inländischen Wertschöpfung die Marktbedürfnisse im In- und auch im Ausland zu erfüllen, zu befriedigen.

Mir ist schon klar, daß, da alle Länder, zumindest in Westeuropa, mit diesen Problemen zu kämpfen haben, eine Kombination

dieser Strategien sinnvoll und notwendig ist, daß eine sinnvolle Kombination zwischen Marktmechanismen und Administration gegeben sein muß. Aber ich habe manchmal das Gefühl — auch wenn ich dieser Debatte hier folge —, daß man sich eher auf die Administration und auf Subventionen und weniger auf die eigene Leistungsfähigkeit und auf Marktstrategien verläßt.

Ich glaube, daß es wirklich notwendig ist — Sie kennen mich lange genug, das sage ich jetzt fernab jeder Polemik, ich war ja sehr lange in diesem Bereich als Interessenvertreter tätig —, viel mehr auf diese zweite Strategie umzuschwenken und sich nicht nur auf die eine zu verlassen.

Um Ihnen ein Beispiel aus einem anderen Bereich, wo das Handelsministerium in den letzten Monaten sehr initiativ geworden ist, zu nennen: Wir haben Exporte im Bereich von Lebewild mit hohen Stützungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten in steigendem Maße durchgeführt. Wir haben eine fleischverarbeitende Industrie im Inland, die vielfach mit Problemen besetzt ist.

Wir haben daher gesagt: Wir müssen den Mechanismus, der auch schon früher bestand, erleichtern, vereinfachen, besser zur Anwendung bringen, damit dieselben Mittel für den Rohstoffeinsatz des Verarbeitungsproduktes zur Verfügung gestellt werden wie für die Rohware, die exportiert wird. Wir haben das getan, und wir haben im Jahre 1984 im Vergleich zum Jahre 1982 eine Verdoppelung der Exporte und eine Vervielfachung im Vergleich zum Jahre 1983 auf diesem Sektor erreichen können. Wir erwarten eine weitere Ausweitung und haben damit einen mehrfachen volkswirtschaftlich positiven Effekt: nicht nur daß die Betriebe besser ausgelastet sind, daß sie wettbewerbsfähiger sind, wir haben auch dadurch eine Verstärkung und eine Verbesserung der Präsenz auf dem ausländischen Markt.

Ich glaube, daß bei allen Bemühungen, die in den letzten Jahren im Bereich der Milchwirtschaft geschehen sind, auch auf diesem Sektor noch vieles möglich wäre und man dabei auch einen mehrfach positiven Effekt erreichen könnte.

Es könnte da eine Steigerung des Inlandskonsums erreicht werden, indem man Importe substituiert. Ich bitte, sich nicht nur auf die Administration zu verlassen und auf eine Importkontrollverordnung, die eine Interessenorganisation, die Ihnen sehr nahesteht — ich will hier nicht aus Begutachtungsverfahren plaudern —, in Bausch und Bogen

18654

Bundesrat — 459. Sitzung — 28. März 1985

Staatssekretär Dr. Schmidt

abgelehnt hat. Eine Importkontrollverordnung wurde seitens der Arbeitnehmervertreterorganisationen, seitens des Gesundheitsministeriums zur Begutachtung ausgesandt und negativ begutachtet, und zwar von einer Interessenorganisation, die sich eben nicht mit diesem Gedanken anfreunden konnte.

Wir müssen uns alle bemühen, daß es eine Gleichstellung zwischen dem inländischen Produzenten und dem Importeur gibt, um nicht eine Benachteiligung der inländischen Betriebe, was die lebensmittelrechtlichen Bestimmungen betrifft, weiterhin erdulden zu müssen; wenn man diesen Ausdruck in diesem Zusammenhang gebrauchen möchte. Aber man soll sich nicht zu sehr auf die Administration verlassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß vieles gemacht werden könnte, um die Importsubstitution effektiver durchzuführen. Ich möchte in diesem Zusammenhang an heftige Auseinandersetzungen erinnern, die leider zu keinen Ergebnissen geführt haben, als es darum gegangen ist, eine einheitliche Produktpalette wenigstens in einem Teilbereich zu entwickeln. Diese Produktpalette sollte es gemeinsam zwischen den Verbänden geben, um einem großen Importeur wirksam entgegenzutreten zu können.

Es ist dies aber nicht gelungen, und zwar trotz vielfacher Bemühungen im Rahmen des Milchwirtschaftsfonds. Man konnte sich nicht darauf einigen. Wenn man zersplittert einer sehr starken, einer konzentrierten Marktoperation eines Unternehmens, eines Importeurs entgegentritt, obwohl in Wirklichkeit alles in einer Hand ist und obwohl die Kooperation der Interessenorganisationen — ich weiß wirklich, wovon ich spreche — in diesem Bereich im Rahmen einer Selbstverwaltung sehr, sehr gut funktioniert und in dieser Frage durchaus gleiche Vorstellungen von allen eigentlich bestehen müßten — verbal bestehen sie ja —, dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegen eben viele Versäumnisse vor.

Das heißt aber nicht, daß das nicht in Zukunft gemacht werden könnte. Fassen Sie meine Worte nach wie vor als Appell auf, daß man bei den Verkaufsbemühungen im Inland, was die Gemeinsamkeit der Verbände betrifft, was die Gemeinsamkeit der Werbung betrifft, was die Gemeinsamkeit der Entwicklung von Produkten, was die Gemeinsamkeit der Entwicklung der Qualität und damit auch der Wettbewerbsfähigkeit im Inland betrifft,

stärker zusammenarbeitet, damit man auch viel größere Exportchancen hat, denn je höherwertig das Produkt ist, desto besser ist es exportierbar, desto geringer sind die Exportstützungen und desto höher sind die Mengen der Milch, die angeliefert und mit demselben Volumen an budgetären Stützungen vermarktet werden können. Das sollte doch ein gemeinsames Ziel sein, wenn man von Arbeitsplätzen, von der Aufrechterhaltung von Betriebsstätten, wozu wir uns alle bekennen, spricht. Man sollte nicht nur um Subventionen ansuchen, sondern sollte alles tun, um mitzuhelfen, um mit beizutragen, daß auf diesem Sektor wirtschaftlich optimale Leistungen erbracht werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich halte das für eine der entscheidendsten Fragen: Neuorientierungen auf diesem Sektor, denn Subvention ist nicht Subvention. Wenn ein Unternehmen, wo auch immer und wer auch immer, eine Hilfestellung aus dem Budget, sei es aus dem des Bundes oder aus dem der Länder, erhält, um eine Umstrukturierung durchzuführen, um weiterhin bestehen zu können, so ist das eine andere Form der Subvention, als wenn Stützungen zu einer Dauereinrichtung werden. Wir wären alle glücklich, würden wir Wege finden, auch im landwirtschaftlichen Bereich zu erreichen, daß Subventionen Hilfestellungen für Strukturveränderungen werden, um eben dann Produkte herstellen zu können, die besser auf dem Weltmarkt und auch auf dem inländischen Markt reüssieren können.

Ich glaube, daß diese marktwirtschaftliche Komponente stärker Eingang finden sollte, so schwierig es auch ist im landwirtschaftlichen Bereich, um wettbewerbsfähiger zu produzieren, um neue Produktionen auf- und auszubauen. Sie sollten nicht immer die Alternativproduktionen erwähnen, wo Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, doch ganz genau wissen, daß das derzeitige Stützungserfordernis für Ölsaaten mehr als das Doppelte des Stützungserfordernisses für Getreide ist. Ja woher soll denn das alles kommen? — Sie sagen, aus dem Budget, und verlangen gleichzeitig, daß das Budgetdefizit — das Nettodefizit, das Bruttodefizit, welches auch immer — reduziert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie kennen die Rechnungen und die Kalkulationen, wie hoch der Stützungssatz beim Raps ist, genauso wie ich sie kenne. Sie wissen ganz genau, daß es eben bei den derzeitigen Produktionsbedingungen, bei den derzeitigen Sorten, die angeboten werden, wirtschaftlich

Staatssekretär Dr. Schmidt

alles andere als optimal wäre, hier so vorzugehen, wie Sie es vorschlagen.

Wir haben -zig Millionen aus dem Budget gerade auf diesem Sektor zur Verfügung gestellt, um Produkte von Versuchspflanzungen und großen Flächen zu stützen, zu unterstützen, um zu sehen, welche Möglichkeiten bestehen. Diese bestehen derzeit nur in einem sehr beschränkten Ausmaß, sodaß das Suchen nach Alternativen doch immer nur heißen kann, wirtschaftlich optimale Alternativen zu finden und nicht jene, bei denen das Subventionserfordernis und der Stützungsaufwand noch wesentlich höher sind, als es schon bei den bestehenden Produktionen der Fall ist. Zumindest auf diese allgemeine Formulierung sollte man sich doch in der Agrarpolitik einigen können.

Damit möchte ich schon zu den letzten Punkten kommen, die Sie, Herr Kollege Eder, genannt haben. Es sind drei Bereiche, von denen Sie wissen, daß hier ausschließlich der Milchwirtschaftsfonds zuständig ist und daß einvernehmliche Entscheidungen der Interessenorganisationen, die dort vertreten sind, getroffen werden müssen. Ich werde aber Ihren Appell sehr gerne aufnehmen und mit den Kolleginnen und Kollegen dort sprechen, um zu einem vernünftigen Einvernehmen zu kommen; nicht in meiner Funktion, in der ich jetzt tätig bin, aber ich bin gerne bereit, vermittelnd tätig zu sein. — Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)* 11.40

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Schachner. Ich erteile dieses.

11.40

Bundesrat **Schachner** (SPÖ, Steiermark): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die sozialistische Fraktion wird der gegenständlichen Vorlage sehr gerne ihre Zustimmung geben, und zwar deshalb, weil sie damit dokumentieren möchte, daß sie das schwere Los der Bauern erträglicher machen will. *(Bundesrat Molterer: Schweres Los! Jawohl!)* Es ist zwar nur ein kleines Mosaiksteinchen, das hier eingebracht werden kann, aber es soll dokumentieren, welche Stellung die Sozialistische Partei den Bauern gegenüber in der Vergangenheit eingenommen hat, in der Gegenwart einnimmt und auch in der Zukunft einnehmen wird.

Somit also nichts gegen die Bauern, aber einiges gegen die Wortmeldung des Kollegen Haas und alles gegen den Bauernbund der

ÖVP. *(Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Dr. Schwaiger: Warum? — Heiterkeit bei der ÖVP.)* Schauen Sie, Kollege Dr. Schwaiger, der ÖVP-Bauernbund, der am 12. ... *(Bundesrat Dr. Pisek: Die Demonstration liegt Ihnen im Magen!)* Die liegt mir nicht im Magen, ich finde sie nur einigermaßen unangebracht, und deshalb, glaube ich, richtet sich diese Art von Demonstration in den Augen der Österreicherinnen und Österreicher selbst. *(Bundesrat Haas: Die Bauern wissen das besser als Sie!)*

War es früher nach Meinung der damals herrschenden elitären Schichten das Vorrecht der Plebejer, der Proleten, auf die Straße zu gehen, so ist es heute das Vorrecht der Bauern, der Richter, der Hochschullehrer et cetera. *(Widerspruch bei der ÖVP. — Zwischenruf bei der ÖVP: Wer das Recht hat zu demonstrieren — das werden Sie nicht gefragt! — Gegenrufe bei der SPÖ.)* Entschuldigung, eine ÖVP-dominierte Bevölkerungsgruppe habe ich noch vergessen — die Beamten! Dafür bitte ich um Entschuldigung. *(Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der SPÖ. — Bundesrat Kaplan: Für wen gibt es... Demonstrationsverbote? — Bundesrat Verzetnitsch: Haslauer! — Bundesrat Dkfm. Hintschig: Wer ist der Bua, der dort so redet, kann der überhaupt schon den Mund aufmachen?)*

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani** *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte keine Reden zwischen den Bänken. Sie wissen, gestattet sind nur Zwischenrufe. — Am Wort ist Herr Bundesrat Schachner.

Bundesrat **Schachner** *(fortsetzend)*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Ing. Eder hat mich gefragt, wie ich die 20 Milliarden zusammenbringe, die angeblich den Bauern pro Jahr zufließen.

Herr Kollege Eder! Ich bin jetzt in der Kürze der Zeit nicht in der Lage, das aufzulisten. Ich darf Ihnen aber eines sagen: Wenn man die Pensionszuschüsse hinzurechnet, so sind es leicht und bequem 20 Milliarden, was ich aber den Bauern nicht vorhalte, sondern ... *(Bundesrat Haas: Das ist unsachlich!)* Nein, Kollege Haas, das ist nicht unsachlich. Unsachlich ist das, was Sie getan haben. Sie haben gesprochen über die 16,6 Milliarden, die angeblich der Verstaatlichten zugeflossen seien *(Bundesrat Molterer: Angeblich!)*, was ja wieder gar nicht stimmt, denn im Jahr 1984 ist diese Ausweitung des Haftungsrahmens für die verstaatlichte Industrie mit etwas über 1 Milliarde Schilling budgetwirk-

Schachner

sam geworden. Es handelt sich hier nicht um Zuschüsse, sondern es handelt sich um eine Ausweitung des Haftungsrahmens. Das muß einmal ins rechte Licht gerückt werden. (*Bundesrat Haas: 2,8 Milliarden!*)

Als Sie das monierten, haben Sie gesagt: die Stahlindustrie, der man keine Zukunft bescheinigt. Damit haben Sie unsachlich argumentiert, und das ist das, was ich als Polemik bezeichnen möchte. (*Bundesrat Haas: Das ist ein Zitat aus dem „Kurier“!*) Ja wenn Sie sich auf eine Zeitung berufen, die von der Österreichischen Volkspartei oder von einer ihrer Untergruppierungen bezahlt und erhalten wird, wie den „Kurier“, dann, lieber Kollege, können Sie nicht mit Erfolg eine „Verweisung auf Dritte“ durchführen. Das will ich Ihnen schon sagen. (*Beifall bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP.*)

Was nun die Stellung der Sozialistischen Partei gegenüber den Bauern anlangt, meine sehr verehrten Damen und Herren: Hier kommt das Positive, die Zuneigung zu den Landwirten doch sehr deutlich zum Ausdruck. (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Bundesrat Haas markiert die Geste des Händeklatschens.*) Kollege Haas, Sie werden mit dem Applaudieren bald aufhören, nämlich wenn ich das, was zwischen dem Volk und den Bauern einerseits ... (*Bundesrat Haas: Wenn Sie diese Zuneigung auch üben und nicht nur davon sprechen, dann wird...!*) Nein, nein, ich werde schon darauf zurückkommen, Sie brauchen keine Angst zu haben.

Es gibt in dieser Ernährungskette ein Glied, das mir besonders ins Auge gestochen ist, auf das darf ich noch zurückkommen. Sie dürfen nämlich nicht vergessen, Herr Kollege Haas, aus welcher Region ich komme. Ich bin ein Liezener, und Liezen ist nicht allzu weit entfernt von Stainach. Ich möchte nicht fragen, was der Grund dafür war, daß das Revirement in der Landgenossenschaft Ennstal in den beiden vergangenen Jahren so still und leise über die Bühne gegangen ist.

Unser damaliger Finanzminister Salcher hat in einer „Argumente“-Sendung diese Frage aufgerollt. Diese „Argumente“-Sendung hat auf Schloß Röthelstein bei Admont stattgefunden, und zwar in einem Gebäude, das damals auch mit 25 Milliarden Schilling verschuldet war. Er hat damals die Frage gestellt: Wo bleibt der kleine Unterschied zwischen dem, was der Bauer unserer Ansicht nach zuwenig kriegt, und dem, was der Konsument unserer Ansicht nach zuviel bezahlt? (*Bundesrat Haas: Fragen Sie den Staatsse-*

ekretär Schmidt, der war lange Jahre...!) Daraufhin hat Herr Dr. Wejwoda coram publico, also vor laufenden Fernsehkameras, erklärt, er werde Herrn Finanzminister Salcher verklagen. Aus der Klage ist nichts geworden. (*Zwischenruf bei der ÖVP: Als die Klage... war der Salcher schon nicht mehr Finanzminister! — Weiterer Zwischenruf: ...ist versandet!*) Versandeln tun andere. (*Zwischenruf bei der ÖVP: Das ist im arabischen Wüstensand versandet!*) Im arabischen Wüstensand ist einiges andere versandet, wie Sie sich ausdrücken, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Im arabischen Wüstensand oder im libyschen Wüstensand werden hoffentlich die Kühe, die Sie dorthin exportierten, nicht versandet sein; Kühe, die Sie in das Land jenes Mannes... (*Bundesrat Fiegl: Das ist eine Mutmaßung! Der Bauring ist schon versandet!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Sozialisten erkennen im Bauern nicht nur unseren hauptsächlichen Ernährer, sondern wir erkennen im Bauern auch den Landschaftspfleger. Es ist uns bewußt, daß wir, wenn wir den Bauernstand am Leben erhalten wollen, Mittel, die die Allgemeinheit zu erbringen hat, dafür aufwenden müssen; es sei denn, es wird jeder einzelne Staatsbürger mehr zur Beitragsleistung herangezogen, aber auch das wollen wir nicht, denn das, Herr Kollege Haas, was Sie mutmaßten, nämlich es gäbe eine neue Armut in Österreich, ist eine statistische Zahlenspielerei, die durch nichts zu begründen ist, bitte durch nichts! Ich sage ausdrücklich... (*Zwischenruf des Bundesrates Haas.*) Herr Kollege Haas! In der Zeit, als Sie im Landwirtschaftsministerium beziehungsweise in einer Alleinregierung das Sagen hatten, ist es den Bauern um einiges schlechter gegangen, als es ihnen heute geht. (*Bundesrat Haas: Um 20 Prozent ist es ihnen besser gegangen!*) Nämlich im speziellen allen alten Bauern ist es deutlich schlechter gegangen! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich komme aus einer Gegend — Herr Kollege Haas, mein Vater ist selber das gewesen, was man heute als Keuschler bezeichnet —, wo viele kleine Landwirtschaften — heute allesamt als Nebenerwerbsbetriebe geführt — sind, und ich weiß um die Not der alten Leute, die sich nicht getraut haben zu übergeben, weil sie dann am Rande der Existenz entlangmarschiert sind, wenn das Einvernehmen mit dem Hofübernehmer, der oft selbst auch nichts hatte, nicht so glänzend war, daß er freiwillig über seine gesetzlichen Verpflich-

Schachner

tungen des Ausgedingtes hinaus den alten Menschen noch ein Zubrot gegeben hat. Ich weiß das ganz genau, und ich muß Ihnen eines sagen, Herr Kollege Haas: Da ich in der Kommunalpolitik tätig bin, komme ich viel bei Bauern herum. Man kann reden, mit wem man will, es wird jeder einzelne sagen: So gut, wie es uns heute geht, ist es uns in der Vergangenheit nie gegangen! *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Allerdings, Herr Kollege Haas, wenn man dieses Gespräch dann weiter fortsetzt und fragt: Wo drückt den Bauern der Schuh?, dann kommt man sehr oft in jene Bereiche, wo eigentlich seine eigene Berufsvertretung angesiedelt sein soll. Das muß ich auch dazu sagen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Interessant ist festzustellen, was ich vorher schon angeschnitten habe: In Österreich bekommt der Bauer, obwohl unter erschwerten Bedingungen produzierend, für seine Milch weniger als in der Bundesrepublik Deutschland, und der Konsument zahlt mehr. *(Ruf bei der ÖVP: ... zugeben!)* Bitte schön, wenn Sie mir eines Tages Aufklärung geben können, warum das so sein muß, dann ist meine Frage beantwortet: Warum wehren sich die Landgenossenschaften und die Molkereien gegen die Einsichtnahme durch den Rechnungshof? *(Beifall bei der SPÖ.)* ^{11.52}

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Molterer. Ich erteile dieses.

^{11.52}

Bundesrat Molterer (ÖVP, Oberösterreich): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Hoher Bundesrat! Die Wortmeldung des Bundesrates Leitner, insbesondere aber die Wortmeldung des Bundesrates Schachner haben mich veranlaßt, doch einige Dinge richtigzustellen.

Wenn der Herr Kollege Schachner wortwörtlich gemeint hat, die Sozialisten seien bemüht, das schwere Los der Bauern zu erleichtern, und wenn er dann in einem anderen Satz sagte, sie möchten die Bauern am Leben erhalten, so ist das ein Eingeständnis der Agrarpolitik der Sozialisten und zeigt es, welchen Stellenwert sie den Bauern zumuten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn der Kollege Schachner erklärt, so gut sei es den Bauern noch nie gegangen *(Ruf bei der SPÖ: Das stimmt!)*, dann frage ich mich, wieso bei den Interessenvertretungswahlen

der Bauernbund 85 bis 90 Prozent der Stimmen erhält und der sozialistische Arbeitsbauernbund sozusagen nur ein kleines Fähnchen ist. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Aber vorerst möchte ich mich mit den Ausführungen des Herrn Kollegen Leitner beschäftigen, der gemeint hat, die Demonstration der Bauern komme um ein Dreivierteljahr zu spät, sie hätte bei den Marktordnungsverhandlungen im Juni des vergangenen Jahres stattfinden müssen.

Ich muß Ihnen folgendes sagen: Bei diesen Verhandlungen haben der Bauernbund und die Präsidentenkonferenz gefordert, daß der Bund bei der Exportverwertung von 16 auf 18 Prozent hinaufgeht. Das sind genau jene 200 Millionen Schilling, in bezug auf die der Bauernbund jetzt wieder verlangt, daß sie der Bund und damit der Landwirtschaftsminister der Milchwirtschaft zur Verfügung stellt! Das ist also dieselbe Forderung, die wir damals bei den Marktordnungsverhandlungen schon erhoben haben. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Wenn Sie sagen, die Einkommen in der Landwirtschaft stehen im krassen Gegensatz zu den Genossenschaftsbilanzen, dann geben Sie zu, daß das Einkommen in der Landwirtschaft sehr schlecht ist; ich bin selbst in einigen Genossenschaften tätig und weiß, wie dort die Bilanzen ausschauen. *(Ruf bei der SPÖ: Die Genossenschaft!)*

Von Ihnen kommt immer wieder der Zwischenruf, die Bauernschaft habe bei den Vertretungen Genossenschaftsdirektoren dabei. Da muß ich den Herrn Landwirtschaftsminister fragen, welche Personalpolitik er verfolgt *(Zwischenruf bei der ÖVP)*, wenn er zum Beispiel in den höheren Bundeslehranstalten, sei es in Kematen, Tirol, sei es in Wieselburg oder sei es in St. Florian, Direktoren einsetzt, die mit der Landwirtschaft sehr wenig zu tun haben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn der Herr Staatssekretär, der leider schon gegangen ist... *(Ruf bei der SPÖ: ... telephoniert...!)* Ja. Wenn also der Herr Staatssekretär von der Leistung der Bauern spricht, so kann ich ihm das bestätigen. Allein aus den Zahlen, die beim Viehexport festzustellen sind, kann man ermessen, welche Leistung die Landwirtschaft erbringt, denn wir haben im Jahr 1983 rund 198 000 Stück Rinder exportiert, wenn Sie Zucht-, Nutz- und Schlachtvieh zusammenzählen, wir haben im Jahr 1984 rund 265 000 Stück exportiert *(Ruf bei der SPÖ: Mit was für einer Stützung?)*, und wir werden wahrscheinlich im Jahr 1985

18658

Bundesrat — 459. Sitzung — 28. März 1985

Molterer

über 300 000 Stück exportieren. Das zeigt die Leistungskraft der Landwirtschaft! (*Zwischenruf bei der SPÖ. — Ruf bei der SPÖ: Wieviel ist da gestützt worden?*) Sowohl vom Bund als auch von den Ländern! Die Länder müssen ja auch hier einen Beitrag leisten. — Und trotz dieser Exportzahlen ist es nicht gelungen, die Viehpreise so anzuheben, wie es notwendig gewesen wäre. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Oder denken Sie daran, Herr Kollege, daß wir im Jahr 1984 rund 800 000 Tonnen Getreide exportiert haben (*Ruf bei der SPÖ: Wieviel ist da gestützt worden?*) und daß dort die Bauern, Herr Kollege, beim Mahlweizen einen Verwertungsbeitrag von 48 Groschen pro Kilogramm zahlen. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Moment! Das sind 12,18 Prozent. Das heißt, anders ausgedrückt: Wenn ein Bauer 10 Joch Weizen anbaut, muß er 1 Joch Weizen umsonst anbauen, weil er dieses Joch Weizen braucht, um die Verwertungsbeiträge zu bezahlen! Sagen Sie mir aus Ihrem Bereich ein ähnliches Beispiel, was Sie zu den Exporten leisten! Das möchte ich auch dazusagen. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schachner: Kollege Haas, und wieviel Joch mit...? — Vorsitzender-Stellvertreter Schipani gibt das Glockenzeichen.*)

Wenn der Herr Kollege Schachner meint, die alten Bauern seien zufrieden, dann muß ich ihn daran erinnern, daß das Bauernpensionsgesetz unter der ÖVP-Regierung im Jahr 1969 beschlossen worden ist und daß die Initiative von der Landwirtschaft gekommen ist. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe.*)

Herr Kollege Achs, Sie glauben, Sie können die Bauern auseinanderdividieren. (*Ruf bei der SPÖ: ... Pflichtversicherung!*) Sie haben ja seit 1970 immer wieder versucht, einen Keil in die Landwirtschaft hineinzutreiben. Zuerst haben Sie den Bauernverband aufgepöppelt. Als nichts herausgekommen ist, haben Sie ihnen den Geldhahn zugedreht. Dann haben Sie die Bergbauernvereinigungen mit Studienaufträgen gefüttert; ist auch nichts herausgekommen. Und jetzt versuchen Sie, die Genossenschaften gegen die Bauern auszuspielen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich möchte Ihnen eines sagen: Die Genossenschaften, Herr Kollege Achs, sind der verlängerte wirtschaftliche Arm der Bauern (*Beifall bei der ÖVP*), und wenn Sie glauben, Sie können gegen die Genossenschaften auftreten, dann werden Sie gegen eine Mauer rennen, weil Bauern und Genossenschaften stark verbündet sind! (*Beifall bei der ÖVP. — Zwi-*

schenrufe bei der SPÖ. — Zwischenrufe des Bundesrates Achs.)

Herr Kollege Achs, ich werde Ihnen das an einem Beispiel erzählen: Als das Kreditwesengesetz beschlossen worden ist, hat die Sozialistische Partei vorgehabt, auch auf dem Raiffeisensektor die ehrenamtlichen Funktionäre durch hauptamtliche Funktionäre zu ersetzen. Da wäre der Einfluß der Mitglieder verlorengegangen. Von unseren Unterhändlern ist Gott sei Dank noch sichergestellt worden, daß es zum Beispiel in den örtlichen Raiffeisenkassen nach wie vor einen Vorstand aus ehrenamtlichen Funktionären gibt. Das ist die Genossenschaftsidee, die wir heraus... (*Bundesrat Achs: Daß wir im Burgenland in den größten Agrargemeinden die SPÖ-Bürgermeister stellen: von wo kommt das? Kann nicht so schlecht sein, ...!*) Bitte? Wie sagen Sie? (*Bundesrat Achs: Im Burgenland stellen wir in den größten Agrargemeinden SPÖ-Bürgermeister!*) Ja vielleicht, ich weiß das nicht, welche Zusammensetzung! Ich kann Ihnen über die burgenländischen Verhältnisse nichts sagen, darauf müßte Ihnen der Kollege aus dem Burgenland antworten.

Eines möchte ich Ihnen am Ende ganz klipp und klar sagen: Wenn Sie glauben, Sie können die Bauernschaft auseinanderdividieren, dann ist das ein Rennen umsonst. Die Bauernschaft wird so wie bisher — das haben die Landwirtschaftskammerwahlen in Salzburg bewiesen, das haben auch die übrigen Landwirtschaftskammerwahlen bewiesen — geschlossen hinter der Österreichischen Volkspartei stehen. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Dkfm. Hintschig: Geschieht ihnen recht!*) ^{12.01}

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Weiter zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Knaller. Ich erteile dieses.

^{12.01}

Bundesrat **Knaller** (ÖVP, Kärnten): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren des Hohen Bundesrates! Das Problem des Bauernstandes und der Bauern scheint mir ernst zu sein, und ich möchte aus diesem Grund hier im Hohen Hause das Wort ergreifen.

Ich möchte nur daran erinnern, woher das tägliche Brot für uns alle kommt (*Bundesrat Achs: Das hat Schachner bereits gesagt!*); aus dem Bauernstand und von der Arbeit der Bauern. Ich teile die Meinung des Kollegen Schachner nicht, daß es dem Bauernstand unter der sozialistischen Regierung besser

Knaller

geht (*Bundesrat Mohnl: Wesentlich besser!*), als es ihm unter der Regierung der Österreichischen Volkspartei, unter den ÖVP-Landwirtschaftsministern gegangen ist. (*Bundesrat Mohnl: Wesentlich besser!*) Meine Damen und Herren! Sie können das in der Statistik nachlesen, und Sie können auch in die Bauernhäuser gehen und sich draußen erkundigen. (*Bundesrat Schachner: Das tue ich nämlich!*) Sie werden das Gegenteil erfahren.

Ich glaube, wir teilen die Meinung des Kollegen Leitner. Er hat gemeint, daß eine Demonstration vor einer Verhandlung eigentlich keinen Sinn hat, denn man kann ja nur danach demonstrieren, wenn die Forderungen nicht erfüllt werden konnten.

Meine Damen und Herren! Aus diesem Grund, weil eben die Bauern nicht zufrieden sind mit dieser Regierung und mit den Beschlüssen des Landwirtschaftsministers, haben sie am 12. März demonstriert und gezeigt, daß diese Zufriedenheit nicht vorhanden ist. Ich meine — ich kann mich gut erinnern —, es ist sehr, sehr schwer, die Bauern zu einer Demonstration zu bringen. (*Bundesrat Dr. Müller: Aber wo!*) Ich glaube, die Bauern sind lieber daheim auf ihrem Hof bei der Familie, sie arbeiten lieber als zu demonstrieren. (*Beifall bei der ÖVP.*) Aber was bleibt ihnen übrig, wenn sie mit dem Einkommen nicht zufrieden sind? (*Bundesrat Schachner: Jetzt wäre ich fast boshaft geworden und hätte gefragt: Was ist denn die erste Arbeit, die der Bauer im Frühjahr hat?*) Die erste Arbeit ist das Säen, aber nicht zu demonstrieren, meine Damen und Herren! Darüber, glaube ich, brauchen wir gar nicht zu reden. Das ist der wahre Grund, daß sie faktisch zeigen müssen, demonstrativ zeigen müssen: Wir sind nicht zufrieden!

Wenn man jetzt das Einkommen hernimmt, speziell das Einkommen... (*Bundesrat Achs: Herr Kollege! Warum hat der Bundeskanzler Klaus die Bauern nicht empfangen? Jetzt werden sie wenigstens gehört!*) Das nützt alles nichts, meine Damen und Herren! Das nützt alles nichts! Das Hören ist zuwenig, es müssen Taten folgen. Deshalb halte ich auch vom vielen Reden nichts, es müssen Taten folgen. Das ist die wahre Meinung! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf jetzt nur ganz kurz auf die Situation der Bergbauern eingehen. Ich muß darauf hinweisen, daß die Bergbauern verbunden sind mit dem Fremdenverkehr, verbunden sind mit der Natur, in dem Fall mit dem

Nationalpark und dem Naturschutzgebiet. Ich glaube, es hat keinen Sinn, Nationalparkgebiete zu schaffen, Naturschutzgebiete zu haben, wenn wir den Bergbauern nicht die Möglichkeit der Existenz geben. Dann kommen alle Subventionen, alle gesetzlichen Maßnahmen für einen Nationalpark, für Naturschutzgebiete zu spät beziehungsweise sind sie zu kostspielig, denn die Natur und die Landschaft kann nur der Bergbauer, der Zuständige, der draußen in diesem Gebiet ist, erhalten. Dafür müssen wir den Bergbauern auch unseren Dank aussprechen, und dafür sollen sie auch diese Unterstützung bekommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur darauf hinweisen, daß Zuschüsse und Subventionen, worauf der Herr Staatssekretär bereits hingewiesen hat, in weiterer Zukunft für die Wirtschaft und für die Bauern nicht sinnvoll sein können. Ich möchte das in einem Satz sagen: Wir brauchen eine bessere Finanz- und Wirtschaftspolitik für die Wirtschaft, für die Bauern, für alle österreichischen Staatsbürger. Auf lange Sicht muß uns das doch möglich sein: eine gemeinsame Arbeit für die Österreicher und speziell auch für die Bauern. (*Bundesrat Strutzenberger: Sie sind herzlich eingeladen dazu!*)

Ich glaube, es war ein bißchen ein Mißverständnis, wenn man nicht verstanden hat, was Kollege Haas gemeint hat, als er sagte, die Industrie hätte soundsoviel Milliarden Schilling bekommen. (*Bundesrat Schachner: Das war kein Mißverständnis!*) Er hat eigentlich die Gerechtigkeit gemeint. Es muß auch für die Industrie eine Lösung gefunden werden, aber nicht mit dauernden Subventionen... (*Bundesrat Schachner: Kollege Knaller! Sie haben gegen diese 16,5 Milliarden gestimmt! Stellen Sie sich vor, wir würden gegen die 250 Millionen und 300 Millionen stimmen! Was wäre denn dann?*) Herr Kollege Schachner! Man hat nur dagegen gestimmt, weil man dafür ein langfristiges Konzept braucht. Man kann ja nicht jährlich Geld investieren und Geld hineingeben, man kann ja nicht immer wieder fordern. Das geht nicht! (*Bundesrat Schachner: Stellen Sie sich vor, wir würden von der Landwirtschaft ein langfristiges Konzept verlangen!*)

Meine Damen und Herren des Hohen Bundesrates! Ich glaube, man muß das von der Wirtschaftspolitik her sehen. Ich kann nicht immer noch und noch Subventionen geben, wenn ich das langfristig nicht verkräften kann. Das ist praktisch das, wo die Österreichische Volkspartei gemeint hat: Ohne Kon-

18660

Bundesrat — 459. Sitzung — 28. März 1985

Knaller

zept kann man die Zusage nicht machen. Das war, glaube ich, die Entscheidung. *(Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schachner: Herr Kollege! Bei uns war ein Konzept da, und Sie haben nicht zugestimmt! Bei Ihnen ist kein Konzept da, und wir sollen zustimmen!)* Im Gegenteil. Das Konzept liegt im Parlament, das Konzept liegt beim Minister. Da brauchen wir gar nicht zu reden.

Ich möchte in dem Zusammenhang nur auf die Gleichberechtigung, wie Kollege Haas das gemeint hat, hinweisen. Es wird doch nichts dabei sein, wenn man den Bauern, die das notwendig brauchen — genau wie der Industriearbeiter das braucht, genau wie die Wirtschaft das braucht —, die 200 Millionen oder die 250 Millionen Schilling kurzfristig zuerkennt. Danach kann man ein längerfristiges Konzept erarbeiten, damit es eine Lösung gibt.

Ich möchte abschließend darauf hinweisen und teile hier die Meinung des Herrn Staatssekretär Schmidt: Es muß immer danach getrachtet werden — der Kollege Eder hat ja auch darauf hingewiesen —, eine Verbesserung in der Absatzphase, im Export, im Verkauf zu finden. Ich glaube, wir tun alle gut daran, wenn wir zusammenhelfen und zusammenwirken, diese Marktnische auszuschöpfen, und nicht gegeneinander arbeiten. Das ist unsere Aufgabe, in dem Sinn sollten wir praktisch zusammenstehen und weiterarbeiten.

Eines muß ich auch noch erwähnen, weil das, glaube ich, hier dazupast: das sind die Genossenschaften, die Molkereien, die Vermarktungen. Wir wissen, daß es in den Ostblockstaaten Produktionen gibt und die Vermarktung nicht funktioniert. Ich glaube, wenn wir diese Vermarktung nicht hätten, dann müßte eine solche geschaffen werden.

In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{12.10}

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Herr Dr. Müller.

^{12.10}

Bundesrat Dr. Müller (SPÖ, Tirol): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Ich war am 12. März zufällig im Bundeskanzleramt und habe dort die Bauerdemonstration gesehen. Ich habe einen Zettel aus der Tasche gezogen, den ich immer bei mir gehabt habe in den

letzten vier Wochen, und habe ihn demjenigen, der auf dem Podium gestanden ist, um zum Reden anzuheben, überreicht. Auf dem Zettel — und ich darf jetzt zitieren — ist folgendes gestanden:

„Die Fondsbetriebe haben im Auftrag des Fonds einmal jährlich alle Milchlieferanten ihres Einzugsgebietes über die rechtlichen und finanziellen Fragen der unmittelbaren Abgabe von Milch an Verbraucher zu informieren und Erklärungen der Lieferanten über Nichtverkauf beziehungsweise ihre Verkaufsmengen einzufordern.“

Diese Passage stammt aus der Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung der ÖVP. Sie wurde eingebracht im Jahre 1984 und beinhaltet nichts anderes als die Verhinderung des Ab-Hof-Verkaufs gerade für die kleinen Bergbauern. Sie ist das Produkt der Politik des Bauernbundes, in dem nur die Großbauern das Sagen haben. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Bundesrat Molterer: Das ist völlig falsch!)* Das ist das erste, was ich hier sagen wollte.

Zweitens. Meine geschätzten Freunde! Da gesagt wird, ja wärt ihr halt in der Bauernkammer besser und stärker vertreten, darf ich aus aktuellem Anlaß, weil bei uns am kommenden Sonntag, am Palmsonntag, die Landwirtschaftskammerwahlen sind, darauf hinweisen, wie Sie dazu beitragen, daß mehr „Pluralismus“ — unter Anführungszeichen — in die Landwirtschaftskammer einzieht. Zum Beispiel: Bei uns gibt es keinen amtlichen Stimmzettel. Man kann sich vorstellen, was das für eine Gruppe bedeutet, die zum erstenmal kandidiert. Es ist eine Wahlordnung, die aufgrund ihrer Konstruktion und ihrer Termine nicht nur gegen die Demokratie, sondern auch gegen die Fairneß verstößt.

Drittens: Ein Bauer, meine Damen und Herren, der auf einer anderen Liste als auf der Bauernbundliste kandidiert... *(Bundesrat Dr. Schambek: Arbeiterkammerwahlen in Tirol!)* Die Chance, die Sie bei der Arbeiterkammerwahl in Tirol gehabt haben, daß Sie nämlich sogar den Präsidenten stellen, diese Chance haben wir sicher bei der Landwirtschaftskammerwahl nie. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Jeder Bauer, der auf einer anderen Liste als auf der Bauernbundliste kandidiert, bekommt einen freundlichen Brief des Herrn Landeshauptmannes und Bauernbundobmannes, in dem er „höflich“ gefragt wird — „höflich“ wieder unter Anführungszeichen —, ob er überhaupt noch zu den Bauern gehört oder ob

Dr. Müller

er drauf und dran ist, die Einheit des Bauernbundes aufzubrechen.

Das nächste möchte ich auch einmal hier deponieren: Betrachten wir einmal, wie die Präsidentenkonferenz konstituiert ist. Die Präsidentenkonferenz ist vereinsrechtlich so zusammengesetzt, daß wir selbst dann, wenn wir beispielsweise irgendwo einmal 30 Prozent der Stimmen hätten (*Bundesrat Molterer: Hätten! Theorie, Kollege Müller!*), keinerlei Einfluß in der Präsidentenkonferenz, immerhin der offiziellen Vertretung, hätten.

So, und jetzt zum Abschluß, weil ich gesagt habe, ich rede nur zwei Minuten, jetzt ganz zum Abschluß noch etwas: Was wir wollen, meine Damen und Herren — ich habe es zuerst in einem Gespräch zwischen uns hier, zwischen den Fraktionen gesagt —, ist das eine, und zwar für die kleinen Bauern und für die Bergbauern des Westens: Betrachten Sie den geschäftsführenden Ausschuß des Milchwirtschaftsfonds; da spricht allein die Besetzung durch den Bauernbund, durch die Präsidentenkonferenz Bände. Ich habe es, glaube ich, auswendig im Kopf: Wejwoda, Angestellter der Präsidentenkonferenz. Bitte, wann und wo ist der Bauer? Generaldirektor Dr. Pichler. Generaldirektor Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr. Und selbst bei den Ersatzleuten finden Sie keinen einzigen praktizierenden Bauern.

Ich glaube, diese Frage müssen wir uns einmal überlegen. Wollen wir eine Generaldirektoren- und Beamtenherrschaft bei den Bauern, oder wollen wir die Bauern soweit leben lassen, daß sie ihre eigenen Geschicke selber bestimmen können? (*Beifall bei der SPÖ.*) ^{12.15}

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Weiters zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Eder. Ich erteile dieses.

^{12.15}

Bundesrat Ing. **Eder** (ÖVP, Niederösterreich): Meine Damen und Herren! Doch ganz kurz etwas zur letzten Feststellung von Herrn Bundesrat Müller. Wenn er gemeint hat, hier im Text stehe drinnen, daß die Molkereibetriebe die Bauern aufzufordern haben, daß sie über Ab-Hof-Verkauf zu berichten haben, so stimmt das. Aber, bitte, die Schlußfolgerung daraus müssen wir schon zurückweisen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Die Schlußfolgerung ist nämlich anders.

Das Marktordnungsgesetz wurde geschaffen, um den wirtschaftlich schwächeren, den marktferneren Bauern zu helfen. (*Bundesrat*

Dr. Müller: Warum bringen Sie dann so einen Antrag ein?) Wenn ich also das, was Sie meinen, ermögliche, daß sozusagen die Milch hinausfließt, ohne über die Molkereien zu laufen, dann untergrabe ich das Marktordnungsgesetz, und der, der nicht die Möglichkeit hat, ab Hof zu verkaufen — das ist der, der weit weg ist, der am Berg oben ist —, ist der erste, der zugrunde geht. Also daher: Zum Schutz der wirtschaftlich Schwächeren muß ich die Ordnung aufrechterhalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zum zweiten, zu der personellen Besetzung des Milchwirtschaftsfonds. Der Milchwirtschaftsfonds vollzieht das Marktordnungsgesetz. (*Bundesrat Dr. Müller: Und schreibt die Förderungsbeiträge vor!*) Lassen Sie mich reden! — Er hat den Einfluß bei der Molkereiwirtschaft primär, erst sekundär beim Bauern draußen. Das ist eine Preisüberlegung. Daher ist es gar nicht falsch, wenn Molkereifachleute in der Kommission des Fonds sitzen. Und die aufgezählten Persönlichkeiten, Wejwoda, Zittmayr und Pichler, kommen aus dem Molkereibereich. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{12.17}

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Wird von der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht? — Dies ist auch nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

5. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 21. März 1985 über eine Änderung betreffend Kapitel VII des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge (2962 der Beilagen)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Wir gelangen nunmehr zum 5. Punkt der Tagesordnung: Änderung betreffend Kapitel VII des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge.

Berichterstatter ist Frau Bundesrat Margaretha Obenaus. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Margaretha **Obenaus**: Das Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge vom 4. Juni 1954, BGBl. Nr. 36/1958, enthält keine

18662

Bundesrat — 459. Sitzung — 28. März 1985

Margaretha Obenaus

Regelung darüber, welche zollrechtlichen Konsequenzen sich aus der Zerstörung oder dem unwiederbringlichen Verlust von privaten Straßenfahrzeugen infolge höherer Gewalt ergeben. Mit der gegenständlichen Änderung des oben erwähnten Zollabkommens soll eine weltweite einheitliche Regelung in der Weise erreicht werden, daß die Zollbehörden keine Zölle und sonstigen Eingangsabgaben erheben, wenn nachgewiesen wird, daß ein im Vormerksverkehr mit Eingangsvormerkschein eingeführtes Fahrzeug nicht mehr ausgeführt werden kann, weil es infolge höherer Gewalt zerstört worden oder unwiederbringlich verlorengegangen ist.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Abkommens die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 26. März 1985 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 21. März 1985 über eine Änderung betreffend

Kapitel VII des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht jemand das Wort? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die Einberufung der nächsten Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen. Als Sitzungstermin ist Freitag, der 26. April 1985, 9 Uhr in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung dieser Sitzung kommen jene Vorlagen in Betracht, die der Nationalrat bis dahin verabschiedet haben wird, soweit sie dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegen.

Die Ausschußvorberatungen sind für Mittwoch, den 24. April 1985, ab 16 Uhr vorgesehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 12 Uhr 20 Minuten